

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,50 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
jede ober deren Raum 40 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 23. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Beschwichtigungs-Vertrag.

Das deutsch-englische Abkommen über die offene
Tür bleibt der liberalen wie der konservativen Presse Stoff zu ge-
schickten Betrachtungen über die diplomatische Geschicklichkeit des
Leiters der deutschen auswärtigen Politik, dessen neuester „Erfolg“

Hierin dürfte das eigentliche Motiv zur Abschließung des Ver-
trags zu suchen sein; denn sonst ist er absolut inhaltslos. Weder
ändert er etwas an der Situation in China, noch gewährt er den
beiden vertragschließenden Staaten Zugeständnisse, die sie sich

Wohlwacht, der Vertrag besagt nichts über die Beanspruchung
besonderer Interessensphären, über Eisenbahn-, Minen-, Schifffahrts-
konzessionen etc. Was er stipuliert, ist nur, daß beide Nationen,
Deutschland wie England, Chinas Häfen dem internationalen
Handel offen halten und in dieser Richtung ihren Einfluß

Noch mehr aber ist Deutschland daran interessiert, die Thore
aufzuhalten. Es ist kaum im Stande, Englands Handel in Schantung
Abbruch zu thun, während dieses durch eine differenzielle Behand-
lung des deutschen Schiffs- und Handelsverkehrs in Hongkong

Thatsächlich haben denn auch Deutschland, England, Japan in
Erkenntnis dieses gemeinsamen Interesses schon einige Monate vor
dem Ausbruch des Boxer-Aufstands der amerikanischen Hayschen Note
zugestimmt, die im Absatz 2 nicht nur für die chinesischen Häfen,
sondern auch für jene der sogenannten Interessensphären den

Ueber diese von Deutschland und England schon vor ungefähr
einem halben Jahre als bindend anerkannten Grundsätze geht der
sehr publizierte Specialvertrag nirgends hinaus; sein Wortlaut ist
nur weniger präcise, als die Fassung der Hayschen Note. Und doch
liegt in dieser nochmaligen Stipulation eines selbstverständlichen,
gleichen Interesses immerhin noch, wie auch die „Nordd. Allg. Ztg.“

dessen Kollektivmaßnahmen sie, nach einem Bericht der „Times“ und
des „Daily Chronicle“, einer von ihnen begünstigten Partei zu-
weisen, obgleich die Zollgefälle durch Vertrag als Garantie für ver-
schiedene chinesische Auslandsanleihen verpfändet sind.

Ganz zweifellos stellt diese Inbesitznahme der Mandchurei einen
„territorialen Vorteil“ im Sinne des dritten Absatzes der englisch-
deutschen Abmachung dar, denn dieser Absatz spricht deutlich von Vor-
teilen „unter irgend einer Form“, nicht von formellen
Annektionen. Somit haben England und Deutschland es

Von einer sogenannten „Bindung“ kann deshalb durchaus
nicht die Rede sein. Jede der beiden Nationen ist genau
nur so lange gebunden, als sie sich selbst für gebunden halten will;
findet sie es für angebracht, Landansprüche zu stellen, hat sie stets
ausreichenden Grund zur Hand, um die Bestimmung des Absatzes 2

Wie gänzlich bedeutungslos der ganze Vertrag ist, zeigt sich
am besten darin, daß die offiziöse Presse die Erwartung ausdrückt,
auch Rußland werde dem Abkommen beitreten. Vielleicht leitet sich
in richtiger Abschätzung der samosen „Bindung“ Rußland thatsächlich
dieses Verlangens, Rußland in demselben Augenblick, wo es sich

Die Wohnungsnot.

die sich jetzt in so starkem Maße bemerkbar macht, wurde
bereits im Vorjahr von den Gewerbe-Aufsichts-
beamten Preußens hervorgehoben. Fast aus allen Bez-
irken kamen Klagen über Wohnungsmangel und Miets-
steigerungen. Vielfach bekräftigen die Berichte die von
uns wiederholt gemachte Beobachtung, daß die Steige-
rung der Wohnungsmiete mindestens so
hoch war als die des Lohns, mitunter sie
noch übertraf. In dem vor kurzem erschienenen
Bericht für 1899 heißt es aus Ostpreußen: „Die
Löhne steigen seit einigen Jahren langsam, aber stetig.
Daselbst thun aber auch die Lebensmittelpreise und noch
mehr die Wohnungsmieten, so daß sich die
Lebenshaltung der Arbeiterfamilien wohl kaum ge-
hoben haben wird.“ In Westpreußen „lassen die
Arbeiterwohnungen noch viel zu wünschen übrig.“ Im Bezirk
Potsdam „sind die Mietpreise für Arbeiterwohnungen
verhältnismäßig hoch, obgleich diese Wohnungen besonders in
älteren Häusern nicht den Ansprüchen der Zeit genügen.“ Im Bezirk
Berlin-Charlottenburg war 1899 „die Wohnungs-
not, welche augenscheinlich noch eine Steigerung erfahren hat,
sehr empfindlich.“ Durch das Niederrücken von alten Wohn-
bauten treten, verringert sich die Zahl der kleinen Wohnungen
immer mehr, für die übrig bleibenden, oft nur den aller-
bescheidensten Ansprüchen genügenden, werden über-
trieben hohe Mieten gezahlt, welche oft ein
Viertel, ja bis zu einem Drittel des Verdienstes
des Manns aufzehren.“

In der Provinz Pommern waren die Preise der
Wohnungen wie der Lebensmittel gestiegen, im Regierungs-
bezirk Magdeburg war „der Mangel an guten
und preiswerten Wohnungen in den Städten mit
reger Entwicklung der Industrie geradezu bedenklich
geworden, vor allem in Magdeburg und Uckermarken.“ Nach
den Mitteilungen des Leiters einer Magdeburger Fabrik
haben Arbeiter seines Betriebs, da sie Wohnungen
zu annehmbaren Preisen nicht mehr erhalten konnten,
ihre Möbel irgendwo eingestellt und sich
als Untermieter eingemietet. Der Gewerbe-
inspektor in Magdeburg I teilt ferner mit, „daß infolge der
ungünstigen Wohnungsverhältnisse selbst bei Familien von
geringer Kopffzahl die Benutzung eines Bettes von
nur einer Person zu den Seltenheiten gehört.“ Im Regierungsbezirk
Merseburg waren die Wohnungs-
verhältnisse im allgemeinen sehr mangelhaft, eine
Besserung der hygienisch oft bedenklichen Zustände ist
dringend zu erstreben.“ In Kiel zeigte sich „infolge des
Aufblühens der Schiffswerften ein großer Mangel an Arbeiter-
wohnungen; auch in Gaarden waren die Wohnungen
knapp und teuer.“ Im Bericht aus dem Bezirk Hannover

heißt es: „Die Miete verschlingt einen zu großen Teil des
Arbeitereinkommens. Tritt nun noch eine größere Kinderzahl
hinzu, so ist es erklärlich, daß beide Eheleute verdienen
müssen.“ Auch wird ein fühlbarer Mangel an Arbeiter-
wohnungen konstatiert. Im Regierungsbezirk Arnberg
ließ die „Unterstützung der Arbeiter in den eigentlichen In-
dustriebezirken und in den meisten städtischen Gebieten
bei dem außergewöhnlichen Zugzuge noch durchweg zu wünschen
übrig“. Im Regierungsbezirk Rassel wurde der „Mehr-
verdienst der Arbeiter durch die gleichzeitig steigenden
Ausgaben für Lebensmittel, Kohlen und Miete aufgebraucht,
so daß die Lohnerhöhung auf die allgemeine Lebenshaltung
der Arbeiter wenig Einfluß ausübte“. Im Regierungsbezirk
Wiesbaden liegen „die Wohnungsverhältnisse nach den
Beobachtungen der Gewerbe-Inspektoren zu wünschen übrig. Die
kleinen Wohnungen sind sehr gesucht und oft unerschwinglich
mäßig teuer“. Im Regierungsbezirk Düsseldorf stiegen die
Löhne, aber die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung
hat sich nicht im gleichen Maße verbessert, da der Gewinn
an Arbeitsverdienst durch die Steigerung der Preise für fast
alle Lebensbedürfnisse, insbesondere der Wohnungs-
mieten, zum großen Teil wieder aufgehoben wird.“ Im
Stadtbezirk Düsseldorf, wo besonders hohe Mietssteige-
rungen eintraten, ergab eine vom Ortsverbande der
deutschen Gewerksvereine organisierte Umfrage, „daß unter
111 Arbeiterfamilien, welche nur 2 Zimmer bewohnten, sich
28 befanden, die ihre Wohnung mit mehr als 3 Kindern
teilen mußten, in 3 Fällen lebten sogar die Eltern mit sechs
Kindern im Alter von 1—12 Jahren in einer derartigen
kleinen Wohnung zusammen.“ Stellt man den Mietspreisen
die verdienten Jahres-Durchschnittslöhne gegenüber, welche
sich nach den gemachten Angaben auf 1226 M. pro Kopf be-
liefern, so ist nicht zu verkennen, daß selbst die gut bezahlten
Industrie-Arbeiter hier einen unerschwinglich hohen
Prozentfuß ihres Verdienstes für die noch dazu
oft unzureichende Wohnung aufzuwenden haben, und daß
eine durchgreifende Besserung der Wohnungs-
verhältnisse zu den allerdringlichsten social-
politischen Aufgaben gezählt werden muß.“

Aus dem Regierungsbezirk Köln heißt es im Bericht:
„Die Frage der Beschaffung von Wohnungen für kleine An-
gestellte und für Arbeiter ist in Köln brennend ge-
worden. Die Mietpreise schnellten in ungesunder Weise
in die Höhe, so daß ein großer Teil der
Arbeiter nicht in der Lage ist, Wohnungen zu
mieten, die auch nur mäßigen Anforderungen
entsprechen. Dies beweist das ungünstige Ergebnis der 1895
erfolgten Wohnungsaufnahme, welche u. a. ergab, daß in
Köln 4676 nur aus einem Räume bestehende Wohnungen
von mehr als einer Person bewohnt wurden. Aber
nicht allein Mangel an Wohnungen ist vorhanden, viele
Wohnungen befinden sich auch in einem Zustande, der
sie als gänzlich ungeeignet zum Aufenthalt
von Menschen erscheinen läßt.“

Daß die unzureichenden Wohnungen die Sterblichkeit
besonders der Kinder ungünstig beeinflussen, hebt der Bericht
aus den Weberdörfern im Regierungsbezirk Breslau her-
vor. Es heißt da: „Es ist ermittelt, daß in den Langen-
bielauer Betrieben die Zahl der verstorbenen Kinder mit
54 Proz. wesentlich größer, als die der überlebenden ist,
während in den Reichensbacher Betrieben mit 44 Proz. das
umgekehrte Verhältnis besteht. Der Hauptgrund hierfür
dürfte in der schlechteren Lebenshaltung und den schlechten
Wohnungen in dem schnell emporkommenden Industrie-
orte Langenbielau liegen.“

Zur Abhilfe der Wohnungsnot geschah seitens der
Kommunen fast gar nichts und die Thätigkeit der Bau-
und Sparvereine blieb eine sehr beschränkte; die Folgen davon
haben jetzt die Arbeiter zu spüren — die Wohnungsmieten
steigen immer weiter und die Löhne beginnen zu sinken, so
daß aus der Wohnungsnot ein Wohnungsleiden schlimmster
Art geworden ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Oktober.

Nur eine Strafexpedition!

Um gültige Rücksicht stehen jetzt die Offiziosen den Reichstag
an, obwohl dieser selbst — mit Ausnahme der Social-
demokratie — nichts weniger als ein Eisenstesser ist, sondern
vielmehr in leidenschaftlichem Edelmut erpicht ist, der Regie-
rung mit Aufgebot aller Kräfte Parдон zu geben.

Die Offiziosen suchen dadurch die Opposition zu schwächen,
daß sie ihr ohne weiteres zugeben, der Reichstag habe ein
Recht, sich zurückgesetzt zu fühlen. In diesem Sinne schreibt
die „Münch. Allg. Ztg.“:

„Ohne Zweifel wird der Reichstag sofort mit einer durchaus
korrekten Indemnitätsvorlage begrüßt werden. Dem Reichstagler
wird dadurch freilich nicht eine Rechtfertigung oder wenigstens
Entschuldigung der Unterlassung einer früheren Einberufung des
Parlamentes erspart; aber dem Grafen Solow mag dabei neben
seiner rednerischen Gewandtheit der Umstand zu statten kommen,
daß er nach allgemein verbreiteter Ansicht für die Einberufung
gewesen sei. Daß der Reichstag trotzdem seine
Rechte energisch wahren wird, ist in der Ord-
nung. Er wird aber nicht daran denken, aus der Sache
einen Kriegsfall mit dem neuen Reichszarler zu machen. Es
dürfte ihm genügen, vergütet zu haben, daß die thatsächliche Ver-

festsetzung des Reichstags bei Einleitung der China-Expedition in Zukunft als Präzedenzfall betrachtet werden kann.

Das „Berl. Tagebl.“ macht auch bereits Vorschläge, in welcher Weise die Indemnität, das Ersuchen um nachträgliche Billigung, begründet werden könnte. Man solle den Zug nach China als eine Strafexpedition hinstellen, zu deren Aussendung der Kaiser als oberster Kriegsherr berechtigt gewesen sei.

Diese Umlaufung einer kriegerischen Aktion in eine harmlose Strafexpedition würde dem Verfahren von Angeklagten entsprechen, die bemittelt sind, ihre Handlungen mit milderer Ausdrücken als das Strafgesetz beliebt. So mag man einen Diebstahl eine leihweise Entnahme nennen, eine Wechselfälschung einen Kopierversuch einer schönen Handschrift aus künstlerischem Interesse, einen Mord eine Vieblosung mit tödlichem Ausgang, einen Betrug ein Examen der Dummheit. Lessings Franzose, der das Glück bloß korrigierte, ist ja das Vorbild für alle solchen Firmenänderungen.

Das „Berliner Tageblatt“ erweist dem neuen Kanzler einen sehr schlechten Dienst, wenn es ihm zutraut oder rät, den Krieg in eine Strafexpedition umzutauschen. Dann hätten wir auch anno 1870 eine Strafexpedition unternommen, und jede verfassungsmäßige Garantie verflüchtigt sich, wenn man auf diese Weise mittels einfacher Umrennung die staatsrechtliche Bedeutung der Maßnahmen fälscht und sie der bezweifelten Instanz entzieht. Schließlich könnte man auf diese Weise Handelsverträge als Verwaltungsmaßregeln deklarieren, die nicht an die Zustimmung des Parlaments gebunden sind.

Von einer Strafexpedition kann man nur reden, wo es sich um ein militärisches Unternehmen gegen ein wildes Volk innerhalb einer eignen Kolonie oder Interessensphäre handelt. China ist aber weder ein wildes Land, noch ist es unsre Kolonie. Man kann mit ihm Krieg führen, aber man kann keine Strafexpedition dorthin unternehmen.

Das der Jameson nicht auf den schlaun Einsall geriet, seinen Einbruch in Transvaal eine Strafexpedition zu nennen, damals als man bei uns so fürchtbar über dieses Unternehmen empört war.

Deutschlands „Platz an der Sonne“.

Schon manche Nachricht ist zu uns gekommen, aus der hervorgeht, daß in unserer „Pachtung“ Kiautschou Verhältnisse obwalten, die denen in unsren afrkanischen Besitzungen recht ähnlich sehen. Zu den schon bekannt gewordenen Annehmlichkeiten tritt noch der Hungertyphus, der in Deutsch-China ziemlich stark grassiert. Durch den bekannten glücklichen Wind ist die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in den Besitz von unanfechtbarem Material gekommen, das es uns ermöglicht, einen Blick auf die Gesundheitsverhältnisse von Kiautschou zu werfen:

Im Seuchenlazarett in Tsintau befanden sich am 31. Juli 1899 23 Kranke, von denen 20 den Hungertyphus hatten. Die Krankenzahl ging bis zum 6. August auf 15 herab, unter denen 13 an Hungertyphus litten. Alsdann stieg die Krankenzahl wieder auf 30 mit 27 Hungertyphuskranke. Darauf fiel sie wieder. Am 15. August zählte das Lazarett 23 Kranke, die sämtlich Hungertyphus hatten. Am 29. August war die verhältnismäßig günstige Zahl von 14 Kranken erreicht, die aber bis zum 31. August wieder auf 17 stieg, sämtlich mit Hungertyphus. Auf die Frage, wieviel Kranke in den 46 Tagen überhaupt eingeliefert wurden, giebt uns die Statistik über Zugang und Abgang der Kranken für diese Zeit Auskunft. Dieser Zu- und Abgang ist auf halbe Monate berechnet.

Für die erste Augusthälfte belief sich der Zuwachs an Kranken überhaupt auf 26, von denen 24 Hungertyphus hatten. Behandelt wurden im ganzen 49, darunter 44 mit Hungertyphus. Außerdem wurden 4 Leichen eingeliefert, bei denen an dreien der Hungertyphus erkannt wurde. Geheilt wurden 23, darunter 22 mit Hungertyphus, gestorben sind 4, darunter einer mit Hungertyphus und entlaufen ist ein mit Malaria befallener Mann. Wie wir sehen werden, ist das Fortlaufen nichts Seltenes.

Für die zweite Augusthälfte kamen im ganzen 14 neue Kranke hinzu. Behandelt wurden im ganzen 37, von denen nur einer keinen Hungertyphus hatte. Außerdem wurden drei Leichen eingeliefert.

In der ersten Septemberhälfte kamen 10 neue Kranke hinzu, von denen 8 den Hungertyphus hatten. Behandelt wurden im ganzen 27 Kranke, darunter 25 an Hungertyphus. Geheilt wurden 7 Hungertyphuskranke, gestorben sind 5 Hungertyphuskranke, darunter eine Frau.

Fassen wir diese Zahlen zusammen, so sieht fest: In der Zeit vom 1. August bis zum 15. September kamen zu einem Bestand von 23 Kranken, von denen 20 Hungertyphus hatten, 50, von denen 46 Hungertyphus hatten. Geheilt wurden in der Zeit ein Kranker ohne Hungertyphus und 44 Kranke mit diesem Leiden. Entlaufen sind drei Kranke. Verstorben sind neun an Hungertyphus Leidende und drei andere Kranke. Im ganzen waren also 66 Typhuskranke zu behandeln. Die sieben nach dem Lazarett gebrachten Leichen beweisen, daß es jedenfalls außerhalb des Lazarett noch manchen an Hungertyphus Leidenden gab, den die Vorurteile des Volks und andres am Auffuchen des Lazarett verhinderten. Es darf also behauptet werden, daß eine wirkliche Hungertyphus-Epidemie in dieser Zeit in Kiautschou vorhanden war.

Der Hungertyphus ist eine Begleiterscheinung der Entbehrung, des Glucks. Tritt er in Deutschland auf, so meist nur in den ärmsten Gegenden, wie Oberschlesien. In dieser Fieber- und Hungergegend müssen deutsche Soldaten ihren Dienst thun zur höheren Ehre des deutschen Vaterlands.

Deutsches Reich.

Eine kleine Zuchtandred

hat der Oberhofmeister der Kaiserin, Herz. v. Mirbach, gelegentlich der Eröffnung eines Gebetsfalls in Potsdam gehalten. Der Herr führte in dieser stilistisch denkwürdigen Ansprache nach dem „Reichsboten“ u. a. aus:

Er müsse den ihm gewordenen Dank als zu überreich abrechnen, nur durch die Macht der Unterscheidung Ihrer Majestäten, besonders der Kaiserin, sei es ihm möglich geworden, das Erreichte zu leisten. Er habe auch viele treue Helfer gefunden, und das Schönste an der heutigen Feier sei ihm gewesen, daß sie alle Stände, alle Lebensalter vom höchsten Greisenalter bis zur blühenden Jugend um ein Werk zu Christi Ehre geschart habe. Es sei dringend nötig, daß man lerne Gott fürchten, die Brüder lieb haben und den König ehren. Namentlich für die Arbeiterwelt sei dies besonders nötig. Die dämonischen und guten Gewalten im Volksleben spizen sich immer mehr zu und auch nach Potsdam wären, namentlich von Berlin aus, die Wellenschläge des Umsturzes getragen worden. Selbst der Van der Liebeswerte hat vielfach unter den fortgesetzten Streiks gelitten. Da wäre es denn Zeit, daß den Arbeitern die Augen geöffnet würden, daß

dieser revolutionäre Weg nicht zu ihrem Glück, sondern sie in das Verderben führen würde. Es sei ihm eine besondere Freude, mitteilen zu können, daß die Kaiserin den Arbeitern, die immer mutig und treu ihre Arbeit getan hätten, besondere Auszeichnungen verliehen habe.

In dieser Zeit des Hummentums ist es erfreulich, daß sich der Freiherr v. Mirbach der christlichen Forderung entnimmt, daß man die Brüder lieb haben müsse. Dieser Satz hat den Vorzug der Klarheit vor den merkwürdigen Bildern der immer mehr zugespitzten dämonischen und guten Gewalten sowie des nach Potsdam getragenen Wellenschlags.

Im übrigen stellt die Rede einen Nachhall aus der Bielefelder und Oeynshäuser Zeit dar, eine kleine Erinnerung an die Zuchtandredvorlage. Wenn Herr v. Mirbach es besonders aufregend findet, daß selbst bei Werken der Liebe von den Arbeitern gestreift wird, so finden wir es umgekehrt besonders schlimm, daß selbst bei besagten Werken der Liebe die Arbeiter so wenig zu ihrem Rechte kommen, daß sie zum Streik greifen müssen. Vielleicht wird sich Freiherr v. Mirbach gelegentlich dessen bewußt, daß auch streikende Arbeiter seine Brüder im christlichen Sinne sind, und daß auch er es selbst noch sehr notwendig habe, die Brüder zum mindesten zu lieben, da ihm nun einmal die sozialpolitische Einsicht versagt sein sollte, daß in der organisierten Arbeiterkraft das wertvollste Element der modernen Kultur liegt, daß jeder Streik ein bedeutungsvolleres Mittel zur Hebung des Volks ist als alle Gebetsfälle und christlichen Liebeswerke zusammengenommen.

Wir gratulieren! Wegen des deutsch-englischen Vertrags ist Graf Bülow von Reeder- und Dampfschiffahrts-Gesellschaften eifrig anelegraphiert worden, weil er so erfolgreich die offene Thür eingekramt hat.

Dieses telegraphische Glückwünschen der Geschäftsinteressenten scheint an die Stelle von Reichstags-Verhandlungen treten zu sollen. Das Verfahren hat das Gute, daß die Opposition dabei völlig fehlt. Denn die gescheiterten Kritiker sparen sich die Telegrammkosten.

Man regiere also mit telegraphischen Gratulantanten anstatt mit der Volksvertretung!

Die Gesamtdemission des preussischen Ministeriums soll, nach der „Münchener Allgemeinen Zeitung“, angeboten, aber vom Kaiser abgelehnt sein.

Die dagegen offiziös erklärt wird, ist diese Meldung aus der Luft gegriffen.

Unterstaatssekretär v. Nitzschosen soll zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt sein. Fürst Hohenhausen trifft am Dienstag in Berlin ein, um Abschied zu nehmen.

Bülow und Miquel haben zusammen eine Konferenz gehabt. Feindliche Spiritisten haben bereits als Resultat dieser Auseinandersetzung vernommen, daß die beiden Herren in der Aufassung aller Hauptfragen der inneren Politik völlig übereinstimmen. Bülow mit Miquel? Oder Miquel mit Bülow?

Patriarchalisches Regiment in Westpreußen.

Als am 29. August d. J. der Gutbesitzer Gustav Hindt in Verent nach Hause kam, öffnete ihm die Köchin Dya nicht sofort die Thür, weil sie eingeschlossen war. Darüber geriet Hindt in solche Wut, daß er nach einiger Zeit in die Kammer drang, in der die Köchin mit dem Dienstmädchen Loschewski zusammen schlief. Er wollte angeblich die Mädchen wegen einer Nachlässigkeit zur Rede stellen. Durch sein Rütteln an der Thür fiel der Thürschlüssel zu Boden. Als die geängstigten Mädchen denselben in der Dunkelheit nicht sofort finden konnten, erbrach Hindt die Thür und schlug dann mit einem Stod — nach seiner Behauptung war es „nur“ eine — Keilpeitsche, auf die beiden nur ganz nockdürftig bellenen Mädchen so toll ein, daß deren Körper mit Striemen und Peulen bedeckt war. Die Mädchen erstatteten Anzeige und Hindt mußte vor dem Schöffengericht in Marienburg erscheinen. Der als Amtsanwalt fungierende Marienburger Bürgermeister Sandusch beurteilte die rohe That sehr milde. Er beantragte 150 Mark Geldstrafe mit der Begründung, dem Angeklagten müßten mildernde Umstände zugestanden werden, weil er mit Recht ärgerlich sein konnte, wenn ihm von Dienstmädchen nicht sofort geöffnet und dann, als ihm geöffnet war, die Thür nicht mehr geschlossen worden sei, wie es sich gehört hätte. Das Gericht verurteilte die Sache, um ein Gutachten des Sanitätsrat Dr. Hermann in Dirschau über die Art der Verletzung der Mädchen einzuholen. Am letzten Donnerstag befandete der Sachverständige, daß bei dem einen Mädchen die Verletzungen eine Verminderung der Arbeitsfähigkeit zur Folge haben werde. Der Angeklagte entschuldigte sich mit Trunksucht (Vergleiche untre Notiz „Für ein Trunksuchtsgesetz“ Red. d. „Vorw.“) und Bereztheit infolge Widerstandigkeit verschiedener seiner Arbeiter in den Tagen vorher. Das Gericht verurteilte Hindt zu zwei Monaten Gefängnis. Als strafmildernd wurde das hitzige Temperament des Angeklagten angesehen.

Für ein Trunksuchtsgesetz tritt die „Konservative Korrespondenz“ ein.

Wie oft ist nicht die öffentliche Sicherheit von Trunksüchtigen bedroht; diesen aber werden, im Fall sie der gerichtlichen Verurteilung anheimfallen, mildernde Umstände zugestanden, so daß auf diese Weise die Trunksucht geradezu gefördert wird. Wie oft kann man in Gerichtsverhandlungen lesen, daß Angeklagte, um die Strafe herabzumindern, darauf hinweisen, daß sie vor Begehung der Straftat bis zu 20 Glas Bier nebst „einigen“ Schnäpzen zu sich genommen haben.

Wir erinnern uns allerdings, daß es namentlich bei der Aburteilung von Studenteneccessen vielfach vorgekommen ist, dem Excedenten mildernde Umstände zuzubilligen, weil derselbe total betrunken gewesen war. Bei den kommentarmäßig betriebenen Saufgelagen unsrer studentischen Jugend, in erster Linie der in den Corps vereinigten, ist dies auch nicht verwunderlich. Sodann heißt es weiter:

Auf der Linken will man von einer wirksamen Bekämpfung der Trunksucht nichts wissen, trotzdem man selbstverständlich dieses Vaster entschieden verurteilt. Erst die Erörterung dieser Frage auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage hat gezeigt, wie wenig ernst es die „oberste Partei-Instanz“ der Sozialdemokratie mit der Sache nimmt. „Alkohol ist Privatfache“ wurde ausgerufen und damit eine neue Freiheit der „Genossen“, nämlich die, uneingeschränkt dem Alkoholgegenstände zu hulbigen, proklamiert. „Alkohol“ ist aber nicht weniger als Privatfache, sondern eine für die Volkswohlfahrt ungemein wichtige Angelegenheit, deren Regelung wähllich keinen Aufschub mehr verträgt.

Die „Korrespondenz“ hätte nicht unterlassen sollen, darauf hinzuweisen, daß auf dem Parteitag vor allem einige ostdeutsche Delegierte für die Behandlung der Alkoholfrage durch den nächsten Parteitag eingetreten sind. Sie begründeten ihre Anträge, indem sie betonten, daß im Osten Deutschlands, dort, wo die Kraut- und Schnapsjunker dominieren, auch die Schnapsucht herrsche. Nur langsam wird der Alkoholkonsum verdrängt durch — die Sozialdemokratie.

Ämtliches Wahlergebnis. Bei der am 18. Oktober stattgehabten Reichstags- und Provinzialparlamentarischer Wahlen im Wahlkreis 8 (Westphalensland und Stadt Brandenburg) erhielten von 20 000 abgegebenen Stimmen Generaldirektor v. Löbell-Charlottenburg (konf.) 7116 und Schriftsteller Heinrich Reus-Deffau (Soz.) 9509 Stimmen. Zwischen beiden hat Stichwahl stattgefunden.

Das ämtliche Ergebnis in Wanzleben ist: Bei der am 18. Oktober stattgehabten Reichstags- und Provinzialparlamentarischer Wahlen im Wahlkreis VI (Wanzleben) erhielten von 14 066 abgegebenen Stimmen Tischler-

meister Gerlach-Halberstadt (Soz.) 6045 Stimmen, Gold- und Fabrikbesitzer Schmidt-Besterhufen (natl.) 5168 Stimmen und v. Koye, Landrat z. D. in Kleinohrleben (konf.) 3747 Stimmen. Es ist also Stichwahl zwischen Gerlach und Schmidt nötig.

Ein gutes Mittel. Die „Konf. Korresp.“ giebt aus Anlaß der Wahl in Brandenburg ihren begreiflichen Kerzer über die „socialdemokratischen Aufpuffer“ in den Wahllokale Ausdruck und schreibt dazu:

Ein gutes Mittel, diese Aufpuffer entbehrlisch zu machen, hat der Wahlvorsteher in Pöwstin erfunden. Er berief zwei der rabiatesten Socialdemokraten in den Wahlvorstand, damit diese sich davon überzeugen könnten, daß die Sache auch wirklich mit rechten Dingen zugeht. Sie weigerten sich anfangs, dieses Ehrenamt anzunehmen, bequinten sich aber doch, da sie keine Reizung verspürten, ein Jahr lang doppelte Steuer zu bezahlen, Probaturam est!

Das wäre in der That auch nach unsrer Meinung ein gutes Mittel und würde uns der sehr oft großen Schwierigkeit überheben, immer die geeigneten „Aufpuffer“ zu finden. Aber die konservativen Wähler werden sich hüten, diesen Rat zu befolgen; sie wollen ja eben keine Aufpuffer haben, die ihnen jeder Zeit in die Karten gucken können.

Abgeblühte national-socialistische Weltmacht-Apokalypse. Man schreibt uns aus Kiel:

Am Sonnabendabend dürften den National-socialen wohl endlich die Augen darüber aufgegangen sein, daß ihre Versuche, die Kieler Arbeiterschaft für ihre Weltmacht-Politik zu begeistern, ausichtslos sind. Sie hatten zu diesem Zeitpunkt eine Versammlung mit dem Pfarrer Raumann als Referenten über das Thema: „Die Voraussetzungen der Weltmacht-Politik“ einberufen, in sämtlichen Kieler Zeitungen annouciert und freie Aussprache angekündigt. 2000 Personen füllten den Saal des Kolosseums, infolge der Anündigung unsres Kieler Partei-Organs, daß die Arbeiterschaft Kiels dem Pfarrer Raumann ihre Meinung über seine Wasser- und Hunnenpolitik nicht vorenthalten werde. Wie schon in jener Versammlung, in der sich die Kieler Socialdemokratie beim ersten Pottengesetz mit den National-socialen auseinandergesetzt, hatten die National-socialen sich mit dem Vertrauensmann geeinigt, daß einer unsrer Genossen zur Gewähr einer unparteiischen Leitung der Versammlung mit ins Bureau komme.

Der Referent, Pfarrer Raumann, war erkrankt, sprach jedoch ca. 3/4 Stunden, um sich dann sofort zu entfernen. Als sein Stellvertreter war der Dr. Mautenbrecher aber anwesend. Die Gedankengänge dieser national-socialen Redner sind bekannt. Wir übergehen deren Ausführungen und auch die der unsren Standpunkt vertretenden Genossen Legien, Adler und Weiß. Genosse Adler hatte am Schlusse seiner Ausführungen angekündigt, daß er die von ihm jetzt zu verlesende Resolution einbringen wolle, als der Vorsitzende ihn mit den Worten unterbrach, daß es nicht ihre Absicht sei, eine Resolution der Versammlung zu unterbreiten; das Ergebnis der Abstimmung sei ja auch nicht zweifelhaft, da der Verlauf der Versammlung ja ergeben habe, daß die größere Hälfte der Teilnehmer der Socialdemokratie angehöre.

Nach einer kleinen Vorklesung Adlers über die Souveränität der Versammlung, der Demokratie, die auch die National-socialen wollten, und das Recht auf Einbringung einer Resolution für jeden einzelnen der Versammlungsteilnehmer, konnte er dann seine Resolution vortragen und vor dem Bureau niederlegen.

Während nun der dritte unsrer obengenannten Genossen sprach, mußte das Bureau der Versammlung sich wohl über die Resolution besprechen haben, denn nachher erklärte der mit zur Leitung der Versammlung berufene Genosse Breuer, daß die Mehrheit des Bureaus beschloffen habe, die Resolution nicht der Versammlung zur Abstimmung zu unterbreiten; unter diesen Umständen könne er dem Bureau nicht mehr angehören und er setze sich veranlaßt, seine Parteigenossen zum Verlassen des Lokals aufzufordern, damit die National-socialen allein weiter tagen könnten.

Den erkrankten Genossen der bleibenden National-socialen bot sich nun ein Schauspiel, welches ihnen die Hoffnung, die Arbeiterschaft Kiels zu ihrem Hummentum zu belehren, wohl gründlich geraubt hat. In kürzester Zeit leerte sich der Saal, fast alles strömte zur Thür und ehe sich dessen die Anwesenden versehen, lagen sie sich zu etwa 100 Personen in dem weiten Saal vereinzelt sitzen. Wahrlich, die „größere Hälfte“ gehörte zu uns, der Vorsitzende hatte recht gehabt; nur bestand die größere Hälfte aus ca. 95 Proz.

Was diesem Vorkommnis eine größere Bedeutung verleiht, ist der Umstand, daß die rasche und prompte Befolgung der Breuerischen Aufforderung, die darin liegende Bekennung der Socialdemokratie, die Discipliniertheit der beste Beweis ist, wie wenig es zutrifft, wenn man glaubt, daß die Arbeiter der Staatsbetriebe — und die waren ganz besonders zahlreich unter den Versammlungsteilnehmern vertreten — der Wasser- und Weltmacht- und Hunnenpolitik Sympathie entgegenbrachten. Die Thatsache bleibt nun einmal bestehen, die Kieler Arbeiterschaft ist in der überwältigenden Mehrheit socialdemokratisch. Die Ablehnung der Resolution durch die Leiter der National-socialen ist ein besserer Prüffstein hierfür geworden, als es die Abstimmung hätte sein können. Die fragliche Resolution lautete:

„Die am 20. Oktober im Kolosseum tagende, vom national-socialen Verein einberufene öffentliche Versammlung stellt sich, nachdem sie den Vortrag des Herrn Pastor Raumann und die Diskussion gehört hat, auf folgenden Standpunkt:

Die Versammlung verurteilt jede heutige Weltpolitik und spricht ganz besonders den Verherrlichern von Kriegen nach Hummentum jedes Recht ab, sich als Freunde der Arbeiter, Verteidiger der Verfassung und Schutzherren deutscher Bürgerrechte aufzuführen.

Die Versammlung erklärt endlich ihre Ueberzeugung, daß Welt-politik, Militarismus, Marinismus und Hummentum die erklärlichen Produkte einer verrotteten kapitalistischen Gesellschaft sind, der allein ein Ende bereiten kann und wird die internationale, völkervereinende Socialdemokratie.

Die Beschränkung der Freizügigkeit, welche die preussische Regierung durchzuführen beabsichtigt, findet natürlich den Beifall der Konservativen. Die „Konserv. Korresp.“ begrüßt die „Reform“ mit großer Genugthuung und weist daraufhin, daß die Oestelbier im Reichstag wie im Herrenhaus schon längst solche Bestimmungen verlangt haben. Auch das früher erhobene „Anzugs-geld“ müsse wieder eingeführt werden. Die „Quellen des Zustroms“ der Arbeiter nach den Städten müssen verstopft werden. Auf die „postitiven Reformen“ legt die Korrespondenz keinen Wert. — Natürlich würden die Neubauten der Kommunen nur wieder mehr Platz für Zuziehende schaffen. Es liegt aber im Interesse der Junker, daß solcher nicht vorhanden ist, damit die Reizuziehenden keinen Platz finden und nun nach den Bestimmungen des Entwurfs auf dem Lande bleiben müssen. Der Beifall der Junker kennzeichnet die Reform zur Genüge als ein ureaktionäres Nachwerk.

Eine wertvolle Aufklärung verdanken wir der „Konf. Korresp.“; sie schreibt:

„Im „Pommerschen Volkskalender“ für 1901, den die Socialdemokratie in vielen Tausenden verbreitet, ist der Landbesitz der größten Grundbesitzer in Deutschland zusammengestellt. Dann heißt es: Siebzehn der größten Grundbesitzer haben zusammen 18 400 000 Morgen Land. Nun rechnet einmal zusammen, wieviel siebzehn von Euch Landwirten haben.“

Die Rechenaufgabe würde aber erheblich interessanter und für die Socialdemokraten bedeutungsvoller sein, wenn sie folgendermaßen gestellt würde: Die vier „Genossen“ Webel, Singer, Wolmar und Krons haben zusammen — sagen wir gering taxiert: zehn Millionen Mark im Vermögen, dazu das entsprechende Einkommen und Willen. Nun rechnet einmal aus, wie viel vier von Euch Arbeitern an Vermögen, Einkommen und Willen besitzen!

Diese vier Heuchler! Wenn wir sie einmal schröpfen wollten, dann jammerten sie immer, sie besäßen bl-ß jeder knapp zwei

Millionen und jetzt müssen wir aus gegnerischen Blättern erfahren, daß sie außer ihren Willen und ihrem Einkommen noch zusammen mindestens 10 Millionen besitzen.

Na wartet!

Gegen die Volksschule. Die der „Frankf. Jg.“ von einer Seite, die sich über Vorgänge im Kultusministerium wiederholt gut unterrichtet zeigte, mitgeteilt wird, ist man daselbst bemüht, einen Mittelweg einzuschlagen. Das Schuldotations-Gesetz soll sich ganz im Rahmen eines Finanzgesetzes halten, aber nebenbei und so zu sagen in einem Nebenlage soll von dem Konfessionellen Charakter der Volksschule wie von einer unzweifelhaften Tatsache die Rede sein, so daß damit ohne allen programmatischen Aufwand die gesetzliche Grundlage, auf die man sich später berufen könnte, geschaffen werde.

Wertwändig lange Zeit braucht man, um die Beschwerden, die gegen den Hauptmann v. Vesser erhoben worden sind, nachzuprüfen. Ein eigentlicher Bericht aus Kamerun ist noch nicht eingegangen. Der Kommandeur der Schutztruppe, Major v. Kamp, der gegenwärtig auch den Gouverneur vertritt, hat, wie verlautet, nur die Beschwerden der beiden Offiziere gegen den Hauptmann v. Vesser eingeleitet, welche der Major bei seinem Eintreffen im Schutzgebiete vordank und die ihn zur Abberufung des Hauptmanns v. Vesser veranlaßten. Es soll auch Hauptmann v. Vesser selbst zu einem Bericht aufgefordert werden; auch wird eine genaue Untersuchung der Sache angestellt, dann erst wird eine Veröffentlichung der Vorgänge erfolgen. — Die Grausamkeiten, die dem Hauptmann v. Vesser und seiner Expedition vorgeworfen werden, haben sich in den ersten Monaten dieses Jahres abgespielt.

Nationalliberaler Jugendbund, die Vereinigung, auf die der allerschönste Nationalliberalismus seine ganze Hoffnung setzt, hat am Sonntag in Köln eine Vertreter-Versammlung abgehalten. Es wurde die Gründung eines deutschen Reichsverbandes beschlossen, der alle bereits bestehenden und noch zu gründenden Vereinigungen umfassen soll. Als Vorsitzender des Verbandes wurde Rechtsanwalt Dr. Fischer-Köln gewählt. In einer später stattfindenden Vertreter-Versammlung sollen die Satzungen festgesetzt werden.

Bayrische Loyalität.

Prinz Rupprecht von Bayern, unser zukünftiger König, wird belanlich seine Residenz in Bamberg haben. Die loyalen Bürger der alten Bischofsstadt wollen den Einzug des zukünftigen Landesvaters mit seiner jungen Gemahlin zu einer großen Ovation bemerken. Nur eine kleine Bedingung hat man daran geknüpft, nämlich daß der Einzug des fürstlichen Paares entweder vor dem 20. oder nach dem 22. Oktober stattfinden müsse, weil in der Zwischenzeit Barnum und Bailey Vorstellungen dort zu geben beabsichtigen und folglich auch keine Zeit für andere Feste vorhanden ist. Da die Wittelsbacher in Bezug auf Ovationen nicht verwehrt sind — bei dem alljährlichen Central-Landwirtschafts-Fest (Oktoberfest) und anderen Veranstaltungen wird das deutlich bewiesen —, so ist man in München auf diese Bedingung eingegangen und der Einzug wird erst in den letzten Tagen des Oktober stattfinden.

Anarchistenhaß. Aus New York wird gemeldet, daß die Untersuchung über das angebliche Anarchistenkomplott zu keinem Ergebnis geführt hat. — In Rom verhaftete die Polizei drei aus New York angelaufene angebliche gefährliche Anarchisten. Ebenso wurden neun aus Aconia eingetroffene Anarchisten in Haft genommen.

Ausland.

Ungarn.

Beschränkung der Annahme von Bestellungen durch Geschäftsfreisende. Der im Abgeordnetenhaus angenommene Gesetzesentwurf, der die Geschäftsfreisenden in ihrem Beruf wesentlich beschränkt, entspricht etwa dem deutschen Verbot des Detailreisens. Der Entwurf verbietet den Geschäftsfreisenden, bei Privatkunden Geschäftsaufträge zu sammeln, wenn sie nicht zuvor schriftlich eingeladen worden sind, die Kunden zu besuchen. Der Handelsminister ist bei der Abfassung dieses Entwurfs vor der Ansicht gelehrt worden, einseitig den Detailhandel in der Provinz von der „übermächtigen“ Konkurrenz namentlich der ausländischen Industrie zu schützen und andererseits gewissen Mißbräuchen in Bezug auf das Kartengeschäft, die durch reisende Agenten hauptsächlich in großer Anzahl begangen werden, einen Riegel vorzulegen. Es sind geradezu drakonische Strafbestimmungen, welche der Entwurf auf das Sammeln von Bestellungen bei Privatkunden setzt, nämlich eine Arreststrafe von 30 Tagen und Geldbußen von 20–600 Kronen. In Deutschland hat das Verbot des Detailreisens bekanntlich den von den Künstlern erhofften Erfolg nicht gehabt; es ist schade, daß die Ungarn gerade die Fehler unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung nachahmen.

Frankreich.

Eine bemerkenswerte regierungsfreundliche Rede hat am Sonntag der Abile Louis Bourgeois, ehemaliger Ministerpräsident in Suippes gelegentlich eines Festes des republikanischen Vereins gehalten. Er sprach seine Verurteilung darüber aus, daß durch die Energie des Kriegsministers die Mißverständnisse zwischen Völkern und Herr befähigt seien. Das Herr sei an seinem Platze, wenn es für die Verteidigung der Grenzen und der Gesehe Sorge. Bourgeois forderte, daß die Regierung alsbald nach Zusammentritt des Parlaments die Reformen des republikanischen Programms einführe, das heißt, daß sie die kirchlichen Kongregationen bekämpfe; es dürfe nicht Leute geben, die einen fremdlichen Führer geborgen; der Katholizismus sei eine Religion, aber der Klerikalismus sei eine Politik. Die Regierung müsse den Nationalismus bekämpfen und den Patriotismus befähigen. Nebst dem zum Schluß auf die auf dem freien Willen aller freien Bürger begründete Republik.

Belgien.

Kulturträger am Kongo. Ein vom Kongo in Antwerpen eingetroffener Postdampfer überbringt die Nachricht: Der Gerichtshof in Yoma verurteilte den Agenten Moray, der den Häuptling Kibu im Kongole-Bezirk zwang, zu zehnjähriger Zwangsarbeit und den Agenten Matys, der angeklagt war, mehrere Eingeborene geißelt zu haben, zu sechsjähriger Zwangsarbeit. Die Verurteilten waren gefällig, erklärten jedoch, auf mündliche Weisung Vohaires gehandelt zu haben.

England.

Neue Annektionen. Die „Times“ melden vom 8. d. M. aus Karotonga: Der Gouverneur von Neu-Seeland, Lord Ranfurly, ist heute hier gelandet und hat auf einmütigen Ersuchen der Hauptlinge die Cook-Inseln formell annektiert.

Amerika.

Zur Präsidentschaftswahl. New York, 22. Oktober. Die Anhänger Mac Kinleys haben beschlossen, ihrem Kandidaten am 8. November eine große Kundgebung anlässlich des Einzugs in New York zu erweisen. 150 000 Mitglieder aller Gewerkschaften und Genossenschaften werden an der Kundgebung und dem Umzuge teilnehmen.

Afrika.

Der Präsident Krüger ist nun programmgemäß mit der „Gelbesand“ nach Europa abgereist. Die Gemeindevertretung von Marseille hat beschlossen, dem Präsidenten Krüger keinerlei offiziellen Empfang zu bereiten. Es solle überhaupt jede Kundgebung, welche einen einigermaßen offiziellen Charakter trage, vermieden werden. Ebensovem werde irgend ein Aufzug oder eine lärmende Straßenkundgebung zu Gunsten Krügers gestattet werden. — Wie dem „Figaro“ berichtet wird,

werden mehrere fremdländische Abordnungen in Marseille eintreffen, um den Präsidenten Krüger zu begrüßen. Dr. Leys dürfte Krüger bis Port Said entgegenfahren. — Das irische Transvaal-Komitee in Dublin hat einstimmig beschlossen, dem Präsidenten Krüger bei seiner Ankunft in Europa eine Adresse zu überreichen. Eine Abordnung begibt sich zur Ueberreichung nach Frankreich. Die Adresse wird in englischer, holländischer, französischer und irischer Sprache gedruckt werden.

Hast gleichzeitig mit Krüger hat sich in Durban der General Buller nach Europa eingeschifft.

Ueber Stattegehalte Gesechte wird berichtet: Die Boeren wurden bei ihrem Angriff auf Jagersfontein von Bewohnern der Stadt, Männern und Frauen, unterstützt; sie wurden unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Bei einem Marsche nach Beersuit übergraschte Lord Methuen Lemmer; er erbeutete 225 Wagen und machte 12 Gefangene. Die Boeren wurden durch berittene Infanterie aus ihrer Stellung an der Eisenbahn bei Kroonstad geworfen; auch bei Pauremsmith und Frederiksbaad erlitten die Boeren Niederlagen. Aus Stanterton wird mitgeteilt: Kleine Boeren-Abteilungen, die aus dem Norden zurückgekehrt sind, nach dem Buller sie nicht weiter verfolgte, bedrohen jetzt die englischen Verbindungslinien, sie gingen, um ihren Namen nahe zu sein, auf Umwegen südwärts. An einigen kleineren Stationen unterlassen sie die Schilddrüsen jeden Anruf, da die Boeren denselben neuerdings durch Feuer beantworteten. Vorige Woche haben die Boeren die Bahn östlich und westlich von Standerton ausgerissen, ohne indessen viel Schaden anzurichten.

Partei-Nachrichten.

Zur Stichwahl in Brandenburg-Westhavelland. Das sozialdemokratische Wahlkomitee für Brandenburg-Westhavelland ersucht alle diejenigen Parteigenossen, welche eingeschriebene Wähler in Brandenburg-Westhavelland sind, zur Zeit aber außerhals, etwa in Berlin und Umgebung, arbeiten, dringend, am nächsten Freitag, den 28. Oktober zur Stichwahl im Kreise erscheinen und ihr Wahlrecht ausüben zu wollen. Es gilt, mit allen Mitteln zu verhüten, daß die Zwangswähler der schwarzen Dörfer das aufgellarte Proletariat der Städte und vorgeschrittenen Dörfer im Kreise noch einmal überstimmen. Es kann unter Umständen von wenigen Stimmen abhängen, wenn der Sieg zufällt. Die betreffenden Genossen wollen sich am Wahltag noch Abgabe ihrer Stimme beim Wahlkomitee in Ormo Haus Restaurant, Neustadt, Heidestr. 75, melden.

Das gothaische Herzogtum bleibt vorläufig als solches erhalten und wird nicht in eine sozialistische Republik umgewandelt, da die gefährliche sozialistische Majorität noch einmal von dem Landtage abgewandt ist. Im neunten Landtags-Wahlbezirk, der ausschlaggebend für die Frage der Wehrzeit war, unterlag unser Genosse Wolff mit 20 Stimmen in der Stichwahl dem freisinnigen Pfabbürger aufatmen.

Korbmacher Fischer redivivus. In Wiesfeld beriet eine Parteiversammlung über den Anschluß eines gewissen Wächel aus der Partei. Bevor man zu einem Beschluß kam, erklärte Wächel selbst seinen Austritt und drohte mit der Herausgabe einer Drohschüre über die Zustände in der Partei. — Durch Austritt des Herrn Wächel dürften diese sich bedeutend gebessert haben.

Aus der russischen Arbeiterbewegung. In „Vorwärts“ wurden schon die Urteile erwähnt, die über Teilnehmer an dem Begräbnis des Genossen Bezghnowicz verhängt wurden.

Jetzt sind nähere Angaben darüber da. Von den 200 arretierten Arbeitern und Arbeiterinnen wurden gegen 100 Personen freigelassen. Die übrigen wurden verurteilt und zwar die Auswärtigen zu 2 Monaten Gefängnis und 3 Jahre Verbannung nach ihrem Heimatsort unter Polizei-Aufsicht, die Warschauer zu 3 Monaten Gefängnis und 2 Jahre Polizei-Aufsicht. Das Centralkomitee der Sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens hat anlässlich dieser Urteile in Warschau 200 Flugblätter verbreitet, die in einer Geheimdruckerei in Polen gedruckt wurden.

Verschiedene sozialistische Organisationen in Rußland und Polen sind mit einem Protest gegen das Warschauer Urteilstel hervorgetreten. Die Sozialdemokratische Partei Rußlands hat in allen bedeutenden Städten Flugblätter darüber verbreitet. In diesen Tagen erschien auch ein Aufruf des „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Rußland und Polen“, der in allen Städten Polens und Litauens verbreitet wurde.

In Witebski wurden große Verhaftungen vorgenommen. Ueber 100 Arbeiter, Arbeiterinnen und auch Intelligente wurden arretiert. Von den Verhafteten wurden viele bald befreit; 48 Mann blieben aber im Gefängnis. Es wurde viel illegale Literatur gefunden. Die Verhafteten werden in Verbindung mit dem „Allgem. jüdischen Arbeiterbund in Rußland und Polen“ gebracht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Schuhmacher! In einer am Freitag, den 19. d. M. stattgefundenen öffentlichen Schuhmacher-Versammlung ist über die Schuhfabrik von Kertzen, Barnimstr. 2, bis auf weiteres die Sperre verhängt worden. Wir ersuchen die Kollegen, diesen Beschluß zu beachten. Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Deutsches Reich.

Die Porzellanarbeiter in Rudolfsstadt haben mit der Firma Schäfer u. Vater einen schweren Kampf auszufechten. Seit drei Wochen befinden sich hier 68 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand, ohne daß gegenwärtig eine Beendigung der Differenzen voraussehen ist. Dieser Tage standen Verhandlungen vor dem Gemeindericht an, die aber resultatlos verliefen, da die Chefs der Firma erklärten, daß sie künftig überhaupt keine Mitglieder des Porzellanarbeiter-Verbands mehr beschäftigen wollen. Immerhin haben die Verhandlungen vor dem Einigungsamt ganz beachtenswertes Material geliefert. Diefelben haben ergeben, daß in den Porzellanfabriken fast durchweg wahrhaft grauenhafte Zustände in Bezug auf Reinlichkeit bestehen müssen. Zweimaliges Ausleihen die Woche und allsonntägliches Scheuern, vielleicht auch noch drittes Mal kehren bei den Formern, bezeichnet der als Sachverständiger geladene Fabrikinspektor Brecht als das höchste Maß aller Vollkommenheit; er konnte nur drei Porzellanfabriken im Lande als sehr sauber bezeichnen (von 30). Am kann man sich vorstellen, was es heißt, in einer Porzellanformerei nur ein- oder zweimalig wöchentliches Ausleihen. Die Arbeitsstätten gleichen oft schon mehr den reinsten Kallgruben, und der Staub wirbelt in dichten Wolken auf, Lungen und Augen ruinierend. Hochinteressant war die fernere Aussage des Fabrikinspektors betr. der Arbeitszeit. Er gab sich nämlich die möglichste Mühe, die Chefs der Firma für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden zu erwärmen und konstatierte dabei, daß er vor kurzem mit einem Fabrikbesitzer gesprochen habe, der sich lange gestraubt, eine kürzere Arbeitszeit einzuführen. Jetzt aber löste nichts in der Welt den Mann bewegen, wieder zur längeren Arbeitszeit zurückzulehren, denn er könne konstatieren, daß heute bei der verkürzten Arbeitszeit ebensobiel fertig werde als früher bei der längeren, und dabei sei der materielle Nutzen ganz auf seiner Seite, da er heute weniger Heizung, Beleuchtung und Kraft brauche als vorher. Das ist zwar eine alte Weisheit, die uns Sozialdemokraten längst bekannt ist, aber immerhin ist solch ein Geständnis von der Seite doppelt interessant. Dar es doch gerade Herr Brecht, der noch in seinem 1894er Bericht sich bitter darüber beklagte, daß die Sozialdemokratie durch ihre Agitation die Unzufriedenheit unter die bis dahin „zufriedenen“ Arbeiter des Thüringer Waldes getragen habe.

Nachklänge vom Maurerstreik in Dortmund. Ein streikender Maurer wurde im Juli d. J. in einer Unterredung, die er mit einem zugezogenen Kollegen pflog, durch einen Schutzmant gestört. Wie in der göttlichen Bestimmung nicht weiter verunwunderlich, sollte der Maurer für die unerbetene Mißhandlung des Beamten auch noch 10 M. Strafe bezahlen. In einer drei Tage nach der Strafverfügung stattgefundenen Streiterversammlung brachte der Betreffende die Affaire, die sich am Bahnhof abgespielt, zur Sprache und sprach dabei in bespottlicher Weise von der Legitimationsmarke des Beamten. Dafür erhielt er zwei Wochen Gefängnis.

Ausland.

Niedermecklung von Arbeitern in Ungarn.

Nach Nachrichten aus Agram kam es Mittwoch in dem an der Drau gelegenen Kohlenbergwerk „Ferdinand“ zu einer furchtbaren Gendarmenschießerei. Die im Werk beschäftigten kroatischen Arbeiter waren aufs äußerste gereizt, weil der Werkingenieur Wendelin Sawliczel die czechischen Arbeiter bevorzugte und ihnen höhere Accordlöhne bewilligte. Die Kroaten forderten die gleichen Löhne und entsandten eine Abordnung an Ingenieur Sawliczel. Dieser wies die Deputation aus der Kautlei hinaus.

Hierauf wollten die Kroaten die czechischen Arbeiter aus dem Werk vertreiben, und als Ingenieur Sawliczel für diese Partei ergriff, wandten sich die Kroaten gegen den Ingenieur, der sich in die Kautlei flüchtete. Die Arbeiter erbrachen jedoch die Thür und mißhandelten ihn.

Unterdessen waren Gendarmen angekommen, die die kroatischen Arbeiter aufforderten, auseinanderzugehen. Die Kroaten wichen nicht vom Platze, worauf die Gendarmen auf die Menge eine Salve abgaben. Acht Arbeiter wurden getötet und zwanzig verwundet, von denen vier dem Tode nahe sind. Nach der abgegebenen Salve lief die Menge auseinander. Eine Kommission führt die Untersuchung an Ort und Stelle.

Jene Arbeiter, die zum Angriff auf den Ingenieur Sawliczel aufgereizt hatten, wurden verhaftet.

Der Eisenbahnarbeiterstreik in Triest ist bereits beendet. Nachdem die Südbahn-Gesellschaft zu einer Erhöhung der Accordlöhne bis zu einem Gesamtaufwande von 100 000 Kronen pro Jahr sich bereit erklärt hatte, nahmen am Montag früh die Magazin-Arbeiter und Verschleber der Südbahnstation die Arbeit wieder auf. Es arbeiten wieder 500 Mann. Die zur Ausschilfe herbeigezogenen Arbeitskräfte wurden vorläufig noch nicht entlassen.

Die Diamant-Arbeiter in Antwerpen sind in einem Generalstreik zur Erkämpfung des achtstündigen Arbeitstags eingetreten. Es sind etwa 3000 Arbeiter an dem Streik beteiligt.

Möbeltischler!

Sieben Wochen haben sich die Möbeltischler Götterburgs im Ausstand befunden. Am Vorfrömmter dieses Jahres kündigten die Arbeitgeber die alten Abmachungen und verlangten, daß ein großer Teil neuer, für die Arbeiter unannehmbarer Bestimmungen eingeführt werde. Da durch Verhandlungen kein Ausgleich zu erzielen war, haben sich die Arbeiter genötigt, am 28. August die Arbeit niederzulegen, trotzdem sie nichts anderes als die Erneuerung der alten Abmachungen verlangt hatten.

Die Arbeitgeber antworteten hierauf mit einer allgemeinen Ausspernung; doch es gelang ihnen nicht, hierdurch etwas zu profitieren. Die Arbeiter sind nämlich alle organisiert und keiner ist im Kampf für diese gerechte Forderung zurückgewichen. Den Arbeitgebern blieb nichts anderes übrig, als die Ausspernung aufzuheben, was dann am 15. Oktober geschehen ist. Sie suchen nun durch prahlerische Annoncen in in- und ausländischen Zeitungen sich neue Arbeiter für die Plätze der alten zu verschaffen. Doch das soll ihnen nicht glücken! Die Arbeiter haben darauf mit einer allgemeinen Arbeitsniederlegung (Blockade) geantwortet und ermahnen nun alle deutschen Kollegen, auf keinen Fall nach Götterburg zu reisen, so lange der Streik dauert.

Kein Möbeltischler nach Götterburg!

Der Fachverein der Möbeltischler Götterburgs. Alle deutschen Parteizeitungen werden um Abdruck dieses Aufrufs ersucht.

Lodz. Der Streik der jüdischen Weber endete mit einem Siege derjenigen Arbeiter, die bei den Zwischenmeistern arbeiteten. Sie erhielten eine Lohnerhöhung um 70 Kopelen (1 R. 50 Pf.) pro Woche. Für die Fabrikweber aber ging der Streik verloren.

Gerichts-Beitrag.

Eine Reihe Konig-Prozesse stehen auf der Tagesordnung: Aus dem Ermittlungsverfahren gegen „Udelmann“, wovon wir kürzlich berichteten, ist jetzt ein Strafverfahren gegen Berner und Genossen“ geworden. Berner war als parteipolitischer Nachreiter der Antisemiten in Konig thätig, und es wird ihm zunächst zur Last gelegt, dort zwei Gerichtsbeamte, denen die Akten über die Koniger Mordaffäre zugänglich waren, bedrohen zu haben, ihm aus den Akten Material für die Zeitungen zu beschaffen. Die Staatsanwaltschaft nimmt an, daß sich B. der Beamtenbestechung und der Heblerei schuldig gemacht hat. Bei B., der als Buchhändler in Landsberg a. W. ansässig ist, sowie in den Redaktionen jener Zeitungen, die den Akteninhalt veröffentlichten, sind kürzlich Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, die aber kein Ergebnis hatten. Berner und zwei Gerichtsbeamte sind verantwortlich vernommen worden.

Weiter steht ein Meineidsprozeß vor dem Schwurgericht in Weiden mit der Affaire in Verbindung. Der Privatsekretär Paul Orda aus Rattowitz hatte eidlich bekundet, es sei zur Zeit des Mordes in Konig gewesen und habe gesehen, wie Israelski nachts ein Paket in den Leich geworfen habe. Diese Aussage soll erfunden und Orda nie in Konig gewesen sein. Da er aber dabei bleibt, wird, wie oberflächliche Blätter melden, in den nächsten Tagen der Untersuchungsrichter mit Orda nach Konig reisen, um sich von ihm die betreffende Stelle zeigen zu lassen. Zur Verhandlung gegen Orda werden auch Zeugen aus Konig, darunter Israelski, geladen.

Gestern stand auch in Konig ein Meineidsprozeß zur Verhandlung: Dem Kaufmann Jacoby in Tschel, einem bisher unbescholtenen Manne, wurde eines Tags auf der Straße „Hep hep!“ nachgerufen. Er erstattete Anzeige und die Justiz erhielt den Strafmandat wegen groben Unflugs. Sie beantragten richterliche Entscheidung und gaben im Verhandlungstermin an, einer von ihnen habe „Hep, hep!“ gerufen und Jacoby darauf mit „Vämme!“, „Vorbasse!“ geantwortet, hierauf erst hätten sie insgesamt „Hep, hep!“ gerufen. Ein unbeteiligter junger Mann bestätigte diese Angaben. Jacoby, eidlich vernommen, bestritt, geschimpft zu haben und erklärte, daß ihm der Ausdruck „Vorbas“ gar nicht bekannt sei. Das Schöffengericht nahm an, daß die jungen Leute gereizt worden seien. Hielt die Verteidigungen für kompensiert und erkannte auf Freisprechung. Ausmehr wurde bei der königlichen Staatsanwaltschaft in Konig Strafantrag gegen Jacoby wegen Meineids gestellt und gab die Staatsanwaltschaft dem Antrag Folge. Verteidiger des Angeklagten, der gegen Stellung einer Kaution von 5000 R. auf freiem Fuße belassen worden war, sind Rechtsanwalt Appelbaum-Konig und Justizrat Dr. v. Gordon-Berlin.

Donnerstag beginnt ferner in Konig der Meineidsprozeß gegen Wasloff und Genossen. Wasloff will bekanntlich in der Nacht nach der Ermordung Winters in dem Keller des Schlächtermeisters Levy, Angehörige der Familie Levy sowie mehrere andre jüdische Männer bei einer sehr verdächtigen Conterierung beobachtet haben, er will im Keller Wimmern und verächtliches Geräusch gehört, und alsdann bemerkt haben, wie mehrere Männer ein schweres

Paket an die Stelle am Mönchsee trugen, an welcher später Teile vom Körper Winter gefunden wurden. Diese Angaben hat Masloff vor dem Untersuchungsrichter beschworen. Die Anklagebehörde nimmt an, daß Masloff gelogen habe. Auch einige seiner Verwandten sind wegen Meineids unter Anklage gestellt.

Wegen Landfriedensbruchs hatten sich am Freitag in Konig vor dem Schwurgericht die Arbeiter Studnigk, Kosowski, Jünker, Mischke und Trapp aus Komarzyn zu verantworten, und zwar aus Anlaß eines Aufruhrs, der sich am 11. Juni d. J. in Komarzyn aus denselben Gründen wie in Konig ereignete und an dem die Angeklagten als Häufelführer und Teilnehmer beiläufig gewesen sein sollen.

Der Gerichtshof verurteilte Studnigk, Kosowski und Mischke zu je 3 Monaten 14 Tagen, Jünker zu 4 Monaten Gefängnis, unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft. Trapp wurde freigesprochen.

Eine ähnliche Anklage wird am Dienstag und Mittwoch dieser Woche gegen eine Anzahl Einwohner der Stadt Luchel in Westpreußen zur Verhandlung gelangen und daneben laufen vor der Königlich Strafkammer Prozesse, die sich mit ganz gleichen Straftaten, wenn auch geringfügiger Art, in andern westpreussischen Städten beschäftigen.

Eine Anklage wegen unlauteren Wettbewerbs wurde gestern vor dem Schöffengericht gegen die drei Tischler Paul Kalisch, Bernhard Kregischmar und Paul Müller verhandelt. Die drei Angeklagten waren früher in dem großen Betriebe des Möbelfabrikanten W. Kammel, Frankfurter Allee 117a, beschäftigt. Im März d. J. traten 24 Tischler aus dieser Fabrik aus und gründeten in der Radulstraße eine Genossenschaft unter der Firma „Genossenschaft Tischlerei Stern, G. m. b. H.“. Bald erfuhr Kammel, daß die neue Konkurrenz dieselben Möbel anfertigte, wie er und zwar mit solcher Genauigkeit, daß nur dieselben Zeichnungen, die er sich zu teuren Preisen hatte anfertigen lassen, verwendet sein mußten. Nachdem seitens der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden war, gegen die drei vorgenannten Leiter die öffentliche Klage wegen unlauteren Wettbewerbs zu erheben, erreichte Kammel dies auf dem Wege der Privatklage. Im gestrigen Termin wurde angenommen, daß die Angeklagten sich während der bei dem Kläger in Stellung waren, durch Nachpausen in den Besitz von Kopien der Originalzeichnungen gesetzt hätten. Es wurde auch angenommen, daß diese Zeichnungen als Geschäftsgeheimnisse anzusehen seien. Während der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Bronner, den Fall als einen besonders typischen bezeichnete und eine strenge Bestrafung der Beklagten beantragte, suchte der Verteidiger, Rechtsanwalt Leonh. Friedmann, den Nachweis zu führen, daß das Nachpausen der Zeichnungen keineswegs erwiesen sei, ein Tischler, der viele Jahre lang dergleichen Möbel angefertigt habe, könne auch durch Photographie, sowie durch Nachzeichnungen der im Schaufenster ausgestellten Stücke auf erlaubte Weise in den Besitz von Modellen gelangen. — Der Gerichtshof hielt die Angeklagten des unlauteren Wettbewerbs für überführt und erkannte auf eine Geldstrafe von je 500 Mark.

Der Ueberfall, dem der Kriminalbeamte Karge in der Nacht zum 7. d. M. ausgesetzt war, beschäftigte gestern bereits das Schöffengericht. Herr Karge war in der genannten Nacht mit seiner Familie auf dem Heimweg begriffen. Als er durch die Listerstraße ging, bemerkte er, daß vier junge Leute mit großen Steinen nach den Laternen warfen. Karge stellte sich als Kriminalbeamter vor und verbot den Unfug. Sofort fielen die vier Burichen über den Beamten her und richteten ihn furchtbar zu. Zum Glück kam dem Bedrängten ein Schankwirt zu Hilfe, es gelang, zwei der Täter, die Arbeiter Hermann Gierke und Karl Wiant, festzunehmen, die beiden andern Schläger sind noch nicht ermittelt, man ist ihnen aber auf der Spur. Karge mußte blutüberströmt nach der Sanitätsküche gebracht werden, er ist zwei Wochen lang dienstunfähig gewesen. Der Gerichtshof verurteilte Gierke zu drei Monaten, Wiant zu einem Monat Gefängnis.

Silberdiebstähle im Garnisonlazarett I führten gestern den Instrumentenmacher Hermann Hartmann unter der Anklage des schweren Diebstahls und den Uhrmacher Leopold Loew unter der Anklage der schweren Hehlerei vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Hartmann war seit dem vorigen Jahre in dem Garnisonlazarett I mit dem Reinigen von Instrumenten beschäftigt. Eines Tags bemerkte er in einem offenstehenden Spinde ein verschärftes und versiegeltes Paket, welches mehrere Rollen Silberdraht enthielt und verwendete daraus 127 Rollen Silberdraht im Werte von 1108 Mark. Einige Zeit darauf stahl er wieder aus einem Spind 5 Schachteln mit 125 Rollen Silberdraht im Werte von 1089 Mark und schließlich noch einmal eine Schachtel mit 25 Rollen im Werte von 218 Mark. In den letzten beiden Fällen war das Spind verschlossen und von dem Angeklagten mit einem falschen Schlüssel geöffnet worden. Den Silberdraht hat er alsbald bei Loew verkauft. Den zuletzt gestohlenen Karton mit 25 Rollen hatte er, als die Diebstähle entdeckt wurden, noch nicht aus dem Lazarett fortgeschafft. Er verbarg den Karton zunächst unter einem Spind und als er dann des Diebstahls bezichtigt wurde, räumte er die Diebstähle sofort ein und holte den Karton aus dem Versteck hervor. Hartmann behauptete, daß Loew gewußt habe, daß die an ihn verkauften Rollen Silberdraht aus dem Lazarett entwendet waren. Loew bestritt diese Behauptung ganz entschieden und behauptete, daß er stets sofort Anzeige bei der Polizei erstattet habe, wenn ihm beim Einkauf von Gold- und Silberwaren irgend welche verdächtige Umstände aufgefallen seien und daß jetzt noch eine Menge von ihm freiwillig abgelieferter Sachen auf der Kriminalpolizei in Aufbewahrung seien. Rechtsanwalt Leopold Meyer führte für den Angeklagten auch noch ins Gesicht, daß der Vater des Loew nach dem ersten Kauf eine Probe Silberdraht dem Kriminalkommissar v. Wasmann zur Prüfung vorgelegt habe, ob der Verdacht einer strafbaren Handlung des Hartmann vorliege. Dieser habe geantwortet, daß nichts angezeigt werden sei. Hartmann hatte dem Loew einmal gesagt, er habe zu viel eingekauft, ein andres Mal hatte er als Grund des Verkaufs angegeben, daß er jetzt andre Stärken bei seinen chirurgischen Instrumenten gebrauche. Nach Vernehmung des Generalarztes des Garnisonlazarets I, Dr. Jahn, beantragte der Staatsanwalt gegen Hartmann 1 Jahr Gefängnis, gegen Loew neun Monate Gefängnis. Der Verteidiger führte dagegen aus, daß bei letzterem von einer Hehlerei gar keine Rede sei. Der Gerichtshof verurteilte Hartmann zu 1 Jahr Gefängnis unter sofortiger Verhaftung, Loew dagegen wurde freigesprochen.

Heilapparate sind keine Geheimmittel, die zur Heilung von Krankheiten dienen. Die Firma Rudin u. Albrecht in Leipzig vertreibt die Heilapparate „Oxydonor-Viktore“ und „Panoxora“, deren äußerliche Anwendung gegen zahlreiche Krankheiten eine Heilwirkung ausüben soll. Die Apparate sollen im Stande sein, den in der Luft enthaltenen Sauerstoff aufzufangen und den Menschen zuzuführen, die durch Schnalldrüsen, Gurgel etc. damit verbunden sind. Der Inhalt einer zu den Apparaten gehörigen Halle ist nicht bekannt, sondern das Geheimnis eines amerikanischen Erfinders. Die genannte Leipziger Firma hatte nun die Apparate in der „Magdeburger Zeitung“ angepriesen, ebenso in Kalendern, die sie in Magdeburg verbreiten ließ. Die Firmeninhaber wurden daraufhin beschuldigt, eine Oberpräsidial-Verordnung übertreten zu haben, die, gleich ähnlichen Verordnungen in allen andern preussischen Provinzen, das öffentliche Anklagen von Geheimmitteln, die zur Heilung von Krankheiten dienen sollen, verbietet. Das Landgericht verurteilte dem auch die Angeklagten zu Geldstrafen, wogegen sie Revision einlegten und geltend machten, Heilapparate seien keine Heil- oder Geheimmittel im Sinne jener Verordnungen. Das Kammergericht gab der Revision statt und sprach die Angeklagten mit folgender Begründung frei: Das Landgericht habe den Begriff Geheimmittel verkannt, wenn es die Apparate als solche ansehe. Unter Geheimmittel wären nur Heilmittel zu ver-

stehen, die dem menschlichen oder tierischen Körper in Arzneiform eingeführt würden, nicht aber äußerlich angewandte Apparate, denen eine heilsame Einwirkung auf den Körper zugesprochen werde. Auf diese Apparate treffe das Gesetz zu, wie auf das sogenannte Volkskreuz, das ebenfalls nicht als Geheimmittel gelten könne.

Zwei Urteile. Aus Kachen wird uns geschrieben: Ein Ziegeleibesitzer aus Eschweiler, welcher mit Vorliebe Arbeiterinnen in seinem Betrieb beschäftigt, obwohl diese Arbeit belamtermaßen eine sehr schwere ist, hatte Arbeiterinnen bis zu 15 Stunden täglich ausgenutzt. Außerdem hatte er eine jugendliche Arbeiterin nicht in das Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter eingetragen. Trotzdem der Angeklagte wiederholt wegen derartigen Vergehens vorbestraft war, wurde er nur zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Eine derartige Strafe scheidet die Unternehmer nicht.

In dem zweiten Fall handelte es sich um eine Urkundenfälschung. Ein Schlossergeselle aus Luxemburg wurde von einem Fabrikanten in Neutral-Moresnet, bei dem er gearbeitet, noch 5 Fr. zu fordern. Er schreibt sich selbst eine Zahlungsanweisung und versucht, den Betrag an der Kasse einzuziehen. Dabei wird er abgelehnt und nach Kachen in Untersuchungshaft abgeführt. Da die That nun in Neutral-Moresnet verübt war, so mußte er nach den ganz veralteten Bestimmungen des Code penal verurteilt werden und lautete das Urteil auf das geringste zulässige Strafmaß von fünf Jahren Zuchthaus. Bei der Urteilsverkündung wurde dem Angeklagten anheimgegeben, ein Gnadengeßuch um Herabminderung des Strafmaßes einzubringen.

Jungbier ist ein giftiges Getränk und deshalb nach § 56 Absatz II Ziffer 1 der Gewerbe-Ordnung vom Festhalten im Umherziehen ausgeschlossen. So hat das Kammergericht in einem Strafverfahren gegen den Branereibesitzer Dölle entschieden. Wollte man vor dem Landgericht in Raumburg zu einer Geldstrafe verurteilt werden, weil er seine Auktorität dazu benutzte, 3 Beiräte zu bestimmen, auf seine Rechnung Jungbier im Umherziehen feilzubieten. Das Kammergericht verwarf die Revision Dölles und führte aus, Jungbier sei, obwohl es keinen Alkohol enthalte, zu den giftigen Getränken zu rechnen, da es Alkohol entwidelt, nachdem es die Käufer in Flaschen „aufgestellt“ hätten. Ein wunderliches Urteil!

Das Kammergericht hat Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit der Berliner Polizeiverordnung vom 1. Januar 1900, nach deren § 1 Gegenstände, Mittel, Einrichtungen und Methoden, welche dazu bestimmt sind, die Empfängnis zu verhüten oder sexuelle Erregungen hervorzurufen, weder öffentlich angepriesen, angeklündigt, noch in öffentlichen Anstalten zur Anwendung gebracht werden dürfen. Gegen diese Bestimmung sollte sich der Buchhändler Rischmann dadurch vergangen haben, daß er in seinem Schaufenster ein Buch des Dr. Schröder so auslegte, hatte, daß man von der Strafe nur den folgenden Titel lesen konnte: „Die Verhütung der Empfängnis aus Ehe.“ Die Staatsanwaltschaft erwiderte hierin, indem sie von denselben Erwägungen, wie in dem neulich von uns mitgeteilten Falle ausging, die Ankündigung von Methoden, diesmal von solchen zur Verhütung der Empfängnis. Der Angeklagte wurde jedoch in zweiter Instanz freigesprochen, weil wegen des von nationalökonomischen Erwägungen ausgehenden Inhalts des Buchs nicht einmal von einer verschleierte Ankündigung derartiger Methoden die Rede sein könne. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und forderte die Bestrafung des Beschuldigten. Rechtsanwalt Hahn, der diesen vor dem Kammergericht vertrat, machte geltend, die Verordnung wäre auf jeden Fall insofern rechtsgültig, als sie auf den Buchhandel bezogen werden könnte. Wollte man der Staatsanwaltschaft folgen, dann könnte die Polizei sogar hochwissenschaftliche Bücher aus den Schaufenstern fernhalten und ihre sonstige öffentliche Ankündigung unterdrücken. Uebrigens handele es sich auch hier um eine tiefste Schrift. — Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender eigenmächtigen Begründung: Der Senat habe bezüglich der Rechtsgültigkeit der Verordnung vom 1. Januar 1900 erhebliche Bedenken. Er könne aber im vorliegenden Falle von einem Einsprechen absehen, weil die Revision schon deshalb abzuweisen sei, weil der Vorbestrafte unangreifbar tatsächlich festgestellt habe, daß nicht einmal eine verschleierte Ankündigung einer Methode erfolgt sei.

Versammlungen.

Der Verein der Zimmerer (Vertrauensmänner-Centralisation) hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab. Der Kassierer Wegner erstattete den Rechenschaftsbericht für das dritte Quartal. Die Einnahmen betragen 8967,50 M., die Ausgaben 8966,97 M., der Ueberschuß 800,53 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt, ebenso dem Vergütungskomitee, dessen Abrechnung vom Stiftungsfest Höhe erstattete. Der folgende Punkt der Tagesordnung: „Unser Lohn- und Arbeitsverhältnisse im nächsten Jahre, nahm das Hauptinteresse der Versammlung in Anspruch. Die der Referent zunächst ausführte, hat sich das Besiechen des Einigungsvertrags im Baugewerbe für die Arbeiter als günstig erwiesen und soll deshalb die Verlängerung des Vertrags auf ein Jahr bestritten werden. Bei den demnächst stattfindenden Beratungen der Arbeiter-Kommission über die Arbeitsbedingungen des nächsten Jahres solle aber mit Rücksicht auf die derzeitige Teuerung der Lebensmittel eine Lohnerhöhung von 2/3 Pf. für die Stunde beantragt werden, die am 1. April, oder falls das nicht erreichbar, doch am 1. Juni in Kraft zu treten habe. Die Zimmerer fühlen sich zu dieser Forderung umso mehr veranlaßt, als auch die Maurer bei der Forderung dieser Forderung stehen wollen. Außerdem sollen in dem neuen Vertrage noch einige Lebensveränderungen Aufnahme finden. Nach längerer Diskussion, in der sich im allgemeinen volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten behandelte, nahm die Versammlung eine Resolution an, die im Einverständnis mit dem Beschluß einer am 17. Oktober stattgehabten Baudeputierten-Sitzung ihre Vertreter in der Arbeiter-Kommission beauftragt, bei der Erneuerung des Vertrags eine stufenweise Lohnerhöhung zu fordern und sich in diesem Sinne mit den Vertretern des Central-Verbands in der Kommission zu verständigen. — In die bestehende Rechtschutz-Kommission wurde H. Fischer an Stelle des ausscheidenden Mitglieds Obft gewählt.

Die Steinarbeiter hielten am Sonntag eine Versammlung im „Englischen Garten“ ab, in der der Vertrauensmann Walter den Bericht erstattete. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Gesamteinnahme von 8823,70 M., die Ausgaben betragen 2688,32 M., so daß ein Restbestand von 1235,38 M. verblieb. Nach der Abrechnung vom 17. November vorigen Jahres bis 30. September dieses Jahres betragen die Einnahmen inklusive des alten Bestands von 885,10 M., insgesamt 9746,74 M.; die Ausgaben, darunter an die Geschäftsführung 5562,20 M., für Kranken-Unterstützung 518 M., Reise-Unterstützung 513 M., Pflegegeldungs- und Streik-Unterstützung 490 M. und 216,40 M. an andre Gewerkschaften, insgesamt 8311,36 M.

In derselben Zeit wurden 17 Versammlungen und 13 Platzvertreter-Sitzungen abgehalten. Daneben war eine umfangreiche Korrespondenz zu erledigen. Den Platzvertretern wurde aufgegeben, auf die Restanten einzuwirken, damit diese ihren Verpflichtungen nachkommen, und sollen in der nächsten Versammlung die weiteren Maßnahmen beschloffen werden. Als Vertrauensmann wurde Walter einstimmig auf ein Jahr wiedergewählt und ihm eine monatliche Entschädigung von 15 M. zugesprochen. Als Hilfskassierer wurde Marschall und als Revisoren Reuter, Gitz und Lieke gewählt. Außerdem wurde eine fünfjährige Kommission gewählt, welche der nächsten Versammlung über die Begleitung bei Ver-

gungen von Kollegen bestimmte Vorschläge machen soll. Zum Schluß der Versammlung wurden die verschiedenen Mißstände, welche auf dem Platz z. B. d. h. herrschen, noch eingehend erörtert und insbesondere kritisiert, daß bei dem geringsten vorkommenden unverschuldeten Arbeitsfehler außerordentlich hohe Lohnabzüge gemacht werden. Das diesbezügliche Material wird dem Gesellenauschuß unterbreitet werden und soll dieser das Weitere veranlassen.

Die Arbeiter der chirurgischen Branche hielten am Dienstag, den 16. d. M., eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Schöffler über Ursache und Wirkung der wirtschaftlichen Krise sprach. Schöffler gab dann einen kurzen Bericht der Agitationskommission und wies nach, daß das Abhalten von Werkstellenversammlungen die beste Agitation für die Branche sei. Es ist der Kommission gelungen, in kurzer Zeit über 100 Mitglieder dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen. Von einzelnen Rednern wurde schließlich noch das Verhalten des Werkführers Hering bei der Firma Dr. Müller einer eingehenden Untersuchung unterzogen.

In Groß-Lichterfelde sprach am Freitag Paul Göhre unter rauschendem Beifall vor einer starkbesuchten Volksversammlung über das Thema: „Warum sind die Socialdemokraten gegen die Weltmarktpolitik?“ In der Diskussion bekam zunächst ein Gegner, ein Herr Redenwald, das Wort. Ihm antwortete in schlichter aber treffender Weise der Arbeiter Wasser, während die gründliche Abfuhr unter großer Heiterkeit der Versammlung die Genossen Göhre und Wenzel besorgten. Nach einstimmiger Annahme der Protestresolution gegen die Weltmarktpolitik — Herr Redenwald war inzwischen verdrückt — schloß Genosse Dörheimer mit einem begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie die Versammlung.

Dysenterie.

Vom Grafen Waldersee, dem Weltgenossenschaftler, hören wir heute, daß er an Dysenterie, deutsch: Darmentzündung, erkrankt ist. Der reichliche Genuß von Lorbeergerichte scheint ihm nicht bekommen zu sein. Daß die Voger durch diesen Krankeitsfall so sehr ermutigt worden sind, daß sie auch neue zum Ausbruch entschlossen sind, ist nur eine jener schmerzhaften Meldungen, die mit Vorsicht aufzunehmen sind. Für die friedliche Entwicklung der chinesischen Angelegenheit können solche Darmaffektionen nur von Vorteil sein, wenn sie auch die Abhaltung von Paraden einigermaßen beeinträchtigen dürften. Warum hat sich aber Waldersee nicht vorher auf seine Tropenfestigkeit unterzogen lassen?

Von russischer Seite wird jetzt erklärt, daß die Rückkehr des russischen Gesandten nach Peking lediglich den Friedensverhandlungen zu gute kommen solle.

Friedensgeßuch.

Der chinesische Gesandte in Paris hat dem Minister des Aeußeren Delcassé einen Brief des Kaisers von China an den Präsidenten Loubet überreicht, in welchem der Kaiser um die Vermittelung des Präsidenten zur schnellen Eröffnung von Friedensverhandlungen bittet.

Humische Vergnügungsdreisen.

Das „Reutertische Bureau“ meldet vom 15. d. Mts. aus Veihoiten: Die englische Kolonne ist, ohne auf Widerstand gestoßen zu sein, hier angekommen, sie fand die hiesigen Behörden durchaus freundlich gesinnt; das deutsche, das französische und das italienische Kontingent haben in der Stadt Quartiere genommen, die Engländer marschierten drei Meilen weiter vor und bezogen am Ostufer des Flusses ein Lager.

Die Rückkehr des russischen Gesandten.

Der „Regierungsbote“ meldet: „In den seiner Zeit veröffentlichten Regierungsmittellungen waren die Grundlagen angegeben, von welchen die kaiserliche Regierung sich leiten ließ, als sie den russischen Gesandten mit dem gesamten Gesandtschaftspersonal aus Peking nach Peking abberief. Da die kaiserliche Regierung keine anderen Ziele verfolgt, als die schnellste Wiederherstellung geordneter Beziehungen zu China, erklärte sie damals, daß, sobald eine gesetzliche chinesische Regierung mit genügenden Vollmachten verschiedene Vertreter zur Führung der Verhandlungen mit den Mächten ernenne, Auhland nach Uebereinkunft mit allen fremden Regierungen nicht zögern werde, seinerseits für diesen Zweck Bevollmächtigte zu ernennen, und sie an den zur Führung solcher Verhandlungen bestimmten Ort entsenden werde.“

Belgien in China.

Brüssel, 22. Oktober. Dem „Messager de Bruxelles“ zufolge soll der König der Belgier die Zustimmung Frankreichs zur Beteiligung Belgiens an der Aktion in China unter der Form erlangt haben, daß Belgien sich an der Bildung einer internationalen Gendarmerie für China beteiligen könne, deren Errichtung beschloffen sein soll.

Die neue Handelspolitik.

Frankfurt a. M., 22. Okt. Der „Frf. Stg.“ wird mitgeteilt: Nach einer zuverlässigen Information ist dem Wirtschaftlichen Ausschuss in der That der Zolltarif in Form eines Doppelstarifs, also mit einer Maximal- und Minimaltarif vorgelegt worden, und zwar angebl. weil die Anforderungen der Industrie auf Schutzzölle zum Teil eine fabelhafte Höhe erreichte. Es sollen I. Maximalzölle bei allen den Staaten zur Anwendung kommen, mit denen keine Vertragsabschlüsse zur Hande kommen; II. der Minimaltarif mit beträchtlichem Abschlag gegenüber dem Maximaltarif mit denjenigen Staaten, mit denen Handelsverträge abgeschlossen werden, und zwar in beiden Fällen, ohne dazu die Zustimmung des Reichstags einzuholen; III. soll es der Regierung gestattet sein, unter den Minimaltarif herabzugehen, und zwar soll dazu in jedem einzelnen Fall die Zustimmung des Reichstags eingefordert werden. Damit ist die Hochschützölnerlei von der Regierung acceptiert worden.

Lezte Nachwischen und Depeschen.

Konig, 22. Oktober. (B. Z. V.) In dem Prozeß wegen wissentlichen Meineids gegen den Kaufmann Jakob Jacoby aus Luchel wurde der Angeklagte heute zu 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt, und es wurde die sofortige Verhaftung Jacobys angeordnet.

Wien, 22. Oktober. (B. Z. V.) Amtlich wird gemeldet: Auf dem Bahnhof in Koblenz fuhr eine Rangierlokomotive, welche zwei nicht angekoppelte Wagen vor sich hatte, heute dem Zuge 104 nach, um demselben über mehrere infolge Umbaus des Bahnhofs im Fahrgeleise befindlichen Erhöhungen hindurchzueilen. Als die beiden Wagen auf dem Brechpunkt angekommen waren, rollten sie dem Schnellzuge in den tiefer liegenden Woselbahnhof nach und liefen auf den Zug auf. Zwölf bis fünfzehn Reisende erlitten Kontusionen.

Kapstadt, 22. Oktober. (Telegramm des Reutertischen Bureau.) Infolge der neuerdings wachsenden Unfähigkeit der Boeren im Oranje-Bezirk und der zunehmenden Benehtheit derjenigen Boeren, welche den Neutralitätsgeß leistet haben, den Feind zu unterstützen, haben sich die Militärbehörden für kräftige Maßnahmen entschieden, um die marodierenden Trupps (?) niedergzuwerfen und die Neutralen für jede Verletzung ihres Eids streng zu bestrafen.

Gegen das persönliche Regiment, gegen die Ausschaltung des Reichstags bei den einschneidendsten Angelegenheiten ist am 30. Oktober durch die Wahl unfres Genossen Georg Ledebow Protest einzulegen. Parteigenossen, sorgt durch eifrige Agitation dafür, daß dieser Protest wichtig und wirkungsvoll ausfalle!

Arbeiterinnen Berlins, wahret eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt: Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14-16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je 1/2 stündiger Frühstückspause und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unfittliche Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Tätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist ist eine 14 tägige; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungeschmäht und sind zurückzugeben.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgebern müssen in der Arbeitsordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzmaßnahmen. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Beseitigung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Woh! hat man dem Drängen der Arbeiterin auf Anstellung weiblicher Gewerbe-Inspizentoren insoweit Rechnung getragen, daß man für Berlin eine weibliche Inspektin anstellte.

Damit allein sind unsere Forderungen jedoch nicht erfüllt. Auch dürfen wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß durch diese Anstellung die Aufnahme von Beschwerden in einer solchen Weise vor sich gehen wird, wie es notwendig wäre.

Wir weisen darum von neuem darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Beseitigung der Mängel in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Hilf Baader, Großdresdenerstraße 38, zweiter Hof II. Frau Wausche, Postdresdenerstr. 47, Hof II. Frau Dr. Wehl, Lothringersstraße 67, I. Frau Jung, Fichtelstraße 25, Hof II. Frau Luy, Waterloo-Ufer 9, im Laden. Frau Reich, Lybenerstr. 3, links, Aufg. IV. Frau Tsch, Blumenstr. 63, I rechts. Frau Sprung, Engel-Ufer 4a, 2. Hof II.

Sprechzeit jeden Mittwochsabend von 7-9 Uhr. A. Korsten, Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, I., Zimmer 8. Vorm. 9-1 und nachm. 6-8 Uhr.

Eine Kreis-Konferenz für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim

wurde am Sonnabend im Restaurant Bellevue zu Hummelburg abgehalten. Anwesend waren 27 Delegierte aus 13 Orten, ferner der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, der Kreis- und mehrere Orts-Vertrauensleute, sowie die Mitglieder der Presb., Agitations- und Lokalkommission und die Revisoren. Der Kreis-Vertrauensmann Gary erstattete Bericht über seine Tätigkeit. Er bemerkte u. a. daß er am 11. Januar die Kasse mit einem Bestand von 845,15 M. übernommen habe. Die Gesamteinnahme betrug 2646,10 M., die Ausgabe 2659,98 M., bleibt ein Bestand von 881,27 M. Nachdem die Decharge ausgesprochen war, wurde Gary als Kreis-Vertrauensmann wiedergewählt. Mit dem Amt der Revisoren wurden Seidel, Peulert und Hoffmann betraut. Der Bericht der Presb. Kommission, den Gerstenberger erstattete, wurde ohne Debatte entgegengenommen. Als Mitglieder der Presb. Kommission wählte die Konferenz die Genossen Gerstenberger und Grauer. Hierauf gab Freiwald den Bericht der Agitations-Kommission. Daran schloß sich die Stadthagen interessante Ausführungen über das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts, welches die Agitations-Kommission als einen Verein erklärt, den angeblichen Vorsitz derselben aber von der Pflicht, nicht vorhandene Statuten der Polizei einzuzeichnen, freispricht. Als Mitglied der Agitations-Kommission wurde Freiwald wiedergewählt.

Der Kreis-Konferenz lag der von einer Kommission ausgearbeitete Entwurf eines Organisations-Statuts für den Wahlkreis vor. Nach diesem Entwurf soll der Kreis in 12 Bezirke eingeteilt werden. Jeder Bezirk soll einen Bezirks-Wahlverein bilden, und jeder dieser Wahlvereine soll mindestens ein Fünftel der Beitragsgelder an den Kreis-Vertrauensmann abliefern. Jeder Bezirks-Wahlverein hat einen Vertrauensmann zu wählen. Die Vertrauensleute sind verpflichtet, die Vereine in der Durchführung ihrer gemeinsamen Zwecke zu unterstützen. Diejenigen Parteigenossen des Kreises, welche eine gemeinsame Beratung erfordern, wie die Wahl des Kreis-Vertrauensmanns, seiner Revisoren, der Presb. und Agitations-Kommissionsmitglieder etc. werden in Kreis-Konferenzen erledigt. Die Leitung der Kreis-Angelegenheiten unterliegt dem Kreis-Vertrauensmann. Zur Kreis-Konferenz entsendet jeder Bezirks-Wahlverein Delegierte, deren Zahl sich nach der Größe des Wahlvereins richtet, derart, daß auf weniger als 50 Mitglieder ein, auf 50-100 Mitglieder zwei, und auf jedes weitere hundert Mitglieder noch ein Delegierter entfällt. Außerdem kann (um den Frauen die Mitarbeit zu ermöglichen) in einer öffentlichen Versammlung, welche für den Bezirk von der weiblichen Vertrauensperson einberufen ist, je eine weibliche Delegierte zur Kreis-Konferenz gewählt werden. Beim der Bezirks-Wahlverein ist beschließen, dann können die Delegiertenwahlen statt in einer Vereins-, in einer öffentlichen Versammlung vorgenommen werden, jedoch fällt in diesem Falle das Recht fort, eine weibliche Delegierte in einer besonderen Frauenversammlung zu wählen. Außer den Delegierten sind auf der Kreis-Konferenz stimmberechtigt: Der Abgeordnete oder Kandidat des Kreises, der Kreis-Vertrauensmann, die

Bezirks-Vertrauensleute, die Revisoren, die Mitglieder der Presb. und Agitations-Kommission und der Obmann der Lokalkommission. Der Kreis-Vertrauensmann hat alljährlich wenigstens zwei Kreis-Konferenzen einzuberufen, wo er Rechnung zu legen hat.

Nach eingehender Begründung durch Stadthagen und längerer Spezialdebatte wurde das Organisations-Statut in der vorstehend skizzierten Fassung angenommen.

Folgende, von der Statutenkommission vorgeschlagene Resolution fand gleichfalls Annahme:

Der Kreis-Vertrauensmann hat den Bezirks-Vertrauensleuten Marken und numerierte Beitragsgelder zur Verfügung zu stellen, damit solche Genossen, welche aus einem stichtätigen Grund einem Bezirks-Wahlverein nicht beitreten können, doch ihre Pflicht, die Partei dauernd materiell zu unterstützen, erfüllen können.

Versammlungen.

Die „Freie Volkshöhle“ hielt ihre Oktober-Generalversammlung am Freitag in Coburg Festhallen ab. Rechtsanwalt Victor Frankl hielt einen Vortrag über „Kunst und Censur“.

Der Referent zeigte in seinen interessanten Ausführungen, wie es die Polizei- und Verwaltungsbehörde trotz des klaren Wortlauts des Artikel 27 der preussischen Verfassung, der bestimmt, daß jeder Preuze das Recht habe, durch Wort, Schrift und Bild seine Meinung frei zu äußern, fertig gebracht haben, die Kunst unter Censur zu bringen.

Im Geschäftlichen konnte der Vorsitzende die andauernde Steigerung der Mitgliederzahl, die jetzt das siebente Tausend überschritten hat, konstatieren. Er macht die Mitglieder auf die durch das ständige Anwachsen des Vereins vermehrte Arbeitslast des Kassierers aufmerksam und stellt im Auftrage des Vorstands den Antrag, das Gehalt des Kassierers von 180 M. auf 200 M. zu erhöhen. Zum Repertoir des Vereins übergehend, giebt der Vorsitzende zur Kenntnis, daß nach der Aufführung der beiden Teile von „Ueber unsre Kraft“ im Lessing-Theater Hofens „Vund der Jugend“ zur Darstellung gelangte. Für Januar habe der Ausschuss beschlossen, Restons alte Fosse „Lumpenwagabundus“ zu bringen. Für Februar sei wiederum im Lessing-Theater — eine französische Novität „Die rote Hobe“ in Aussicht genommen.

Um den zahlreichen Wünschen der Opernfreunde Rechnung zu tragen, habe der Vorstand mit dem Theater des Weltens ein Abkommen dahingehend getroffen, daß für den Verein am 10. und 24. März nächsten Jahres Opern-Vorstellungen stattfinden.

Das Fest am 17. November wird zur Erinnerung an das zehnjährige Bestehen der „Freien Volkshöhle“ ein besonders hervorragendes Programm erhalten, und ist den Mitgliedern der Vereinigung derselben dringend zu empfehlen.

Der Kassenbericht erstattet Winter. Danach betragen vom 1. Juli bis 30. September die Einnahmen 14.884,55 M., die Ausgaben 7055,89 M., sodas am 30. September 1900 ein Bestand von 7828,66 M. verbleibt.

In der Diskussion bittet Grempe um Mitteilung über den Stand des Prozesses, den eine Theateragentur wegen Lausime angestrengt haben soll. Ferner ist Grempe der Ansicht, daß die Gehaltserhöhung für den Kassierer zu niedrig bemessen sei, und beantragt, das Gehalt auf 225 M. zu erhöhen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß gegen den Verein kein Prozeß schwebt. Allerdings habe ein Rechtsanwalt mit Klage gedroht, dabei ist es jedoch geblieben.

Dittmar ist ebenfalls für ein Gehalt von 225 M. Derselbe kommt auf das letzte Fest zu sprechen und dankt dem Vorstand für das geschickte Arrangement. Er ist jedoch der Ansicht, daß der Saal der Brauerei Friedrichshain sich für Feste, die einen weltlichen Ausweg hervorzurufen sollen, nicht eigne. Frankl ist der Ansicht, daß der Vorstoß über die Philharmonie aufgehoben werden müsse. Die Philharmonie sei ein Institut, das seinen Saal zu keiner politischen Versammlung hergebe. Coburg entgegnet, daß die „Freie Volkshöhle“ nicht dazu da sei, zu entscheiden, ob ein Vorstoß gerechtfertigt ist oder nicht. Wögen die Herren, die die Aufhebung des Verbots wünschen, in ihren Wahlvereinen dahingehende Beschlüsse fassen lassen. Dort sei der Ort, über solche Angelegenheiten zu beraten.

Dittmar stellt mannehr den Antrag, den Vorstand zu beauftragen, Schritte zu thun zur Freigabe der Philharmonie. An der Diskussion beteiligten sich noch Hl. Wien und Ganshner. Der Antrag Dittmars wird abgelehnt, der Antrag auf Decharge und Erhöhung des Kassierergehalts auf 225 M. angenommen.

Die Stellmacher hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab, um über die Frage: Wie ist es möglich, das Erzeugnisse festzuhalten? zu beraten. Aus den 50 eingeladenen Fragebogen ist zu ersehen, daß 43 Werkstätten die neuwändige Arbeitszeit haben, während die 7 Firmen länger gearbeitet wird. Der Diskussion ist zu entnehmen, daß die Verhältnisse in manchen Werkstätten recht traurige sind. Bei einem Meister in Schöneberg, bei dem noch das Kost- und Logiswesen herrscht, sind die Arbeiter gezwungen, in einem 20 Stufen tiefen Keller zu schlafen und sogar in der Werkstätte hat ein Gefelle wochenlang übernachtet. In einer größeren Fabrik, die die Lieferungen für den kaiserlichen Krieg zu machen hat, wurde durch Anschlag bekanntgemacht, daß die Arbeitszeit wieder von 6-7 Uhr dauere, also 10 1/2 Stunden. Die Schmiede gaben sich damit zufrieden. Als die Stellmacher dagegen protestierten, erklärte der Arbeitgeber, er müsse seinen Betrieb schließen, wenn sie nicht länger arbeiten wollten. Darauf erklärten sich auch diese einverstanden. In schärfster Weise wurde das in einigen Betrieben herrschende Kolonnenystem gegeißelt, bei dem oft nur der Kolonnenführer den Preis der Arbeit kennt und der Verdienst in ungerechtester Weise verteilt wird. Es gelangt dann eine Resolution zur Annahme, durch die sich die Anwesenden verpflichten, das im Frühjahr Errungene, speziell die neuwändige Arbeitszeit, hochzuhalten und, soweit sie noch nicht organisiert sind, sich dem deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen.

Der Verein der Tischler Berlins und Umgegend hielt am 18. Oktober im „Freischütz“, Prandlstraße, seine Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Einer Einnahme von 1101,85 M. stand eine Ausgabe von 958,74 M. gegenüber, mithin ein Ueberschuß von 143,11 M. 1100 M. wurden der Kasse überwiesen. Den Bericht des Vorstands erstattete Diederich. Neu aufgenommen wurden 62 Kollegen. Die Agitationskommission hatte 27 Werkstätten geladen; davon sind 2 Lehmann u. Sohn, Friedenstr. 54, und Straßburg, Prandlstraße 35, nicht erschienen. Die Kollegen der Werkstätte Lehmann u. Sohn hatten es vorgezogen, statt am genannten Abend zu erscheinen, zu arbeiten, und hielt der Obmann daraufhin die Sitzung in der Werkstätte ab. Von den 25 erschienenen Werkstätten handelte es sich bei 12 um Vereinsangelegenheiten, bei 13 Werkstätten um Erhöhung der Accordpreise, Anschaffung von Werkzeugen und in einer Werkstätte um Kürzung des Kostgeldes. Von den genannten 13 Werkstätten sind in 4 ohne Vermittelung der Agitationskommission mit dem Arbeitgeber die Forderungen be-

willigt, in 9 Werkstätten mußte die Kommission hinzugezogen werden, und sind sämtliche Forderungen bis auf einen Punkt in einer Werkstätte, wo 14 Forderungen gestellt waren, bewilligt worden. In den Vorstand wieder resp. neugewählt wurden Diederich 1., Fehden 2. Vorsitzender; Suhle 1., B. Schmidt 2. Kassierer; Rob. Weich 1., W. Kamp 2. Schriftführer. In die Agitationskommission neu hinzugezogen wurden die Kollegen Klose, Bohr, E. Deuschmann, Baaren, Eberts und Uster. Zum Revisor wurde Fähne und zu Vertrauensmännern Bohnhagen und Litzow ernannt. Zur Statutenänderung lagen eine ganze Reihe von Anträgen vor, welche nach längerer Diskussion einer Kommission von sieben Personen überwiesen wurden. Ein Antrag des Vorstands, betreffend den Ausschluß eines Mitglieds, gab Veranlassung zu einer längeren Debatte und wurde der Vorstand beauftragt, den betreffenden Kollegen von dem Generalversammlungsbefehl in Kenntnis zu setzen.

Die Kabinenherren hielten am 17. Oktober in den Armnhallen eine Mitgliederversammlung ab. Wiesenhal hielt einen interessanten Vortrag über: „Die Naturwissenschaften und die Bibel“. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von 728,75 M., welcher eine Ausgabe von gleicher Höhe gegenüber stand, für die Lokalkasse eine Einnahme von 215,70 M., der eine Ausgabe von 153,55 M. gegenüber stand; es blieb ein Kassenbestand von 62,15 M. Die Mitgliederzahl betrug 229. Unter „Gewerkschaftliches“ und „Verschiedenes“ wurde an Stelle des Kollegen Hinz, der sein Amt niedergelegt hatte, Schönebed zum Kassierer gewählt. Abdam wurde ein in letzter Versammlung gestellter Antrag auf Ausschluß des Kollegen Roman angenommen, da er seine Beileidigung dem ganzen Vorstand gegenüber nicht zurücknehmen wollte. Riese gab dann noch bekannt, daß er sich an die Unternehmer gewandt hätte betreffs Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Antwort sei bis zur Stunde nicht eingetroffen.

Der Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche hatte am Mittwoch, den 17. d. eine Versammlung nach dem „Alten Schützenhaus“, Linienstraße 5, einberufen. Reichstags-Abgeordneter Rosenow hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Arbeiterbewegung einst und jetzt.“ Nach dem Kassenbericht für 3. Quartal, welchen der Kassierer Stanowich gab, hatte der Verein eine Einnahme inkl. Vortrag vom 2. Quartal von 1971,59 M. und eine Ausgabe von 1828,05 M. Lechhaft bedauert wurde, daß die Mitglieder so häufig mit dem Begleichen der Beiträge sind und sie werden deshalb auf § 9 des Vereinsstatuts verwiesen. Jede Änderung der Wohnung ist entweder dem Kassierer oder bei W. Cne, Weichbachtstr. 5 II zu melden. Die Bibliothek befindet sich seit 1. Oktober Löwestr. 5 II bei Reich. Ersucht wird, unter allen Umständen das Umfragen in den Fabriken zu unterlassen und sich statt dessen am Arbeitsnachweis, Landwehrstr. 1 bei Vergt. zu melden.

Charlottenburg. Der Socialdemokratische Wahlverein für Teltow-Beckow-Storkow-Charlottenburg hielt am Donnerstag, den 18. d. M., seine ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes geht hervor, daß neben 5 Versammlungen 18 Vorstandssitzungen stattfanden. Die Entwicklung des Vereins im letzten halben Jahre war fast beeinträchtigt durch die Unbestimmtheit über die fernere Ausgestaltung des Vereins in Bezug auf die Centralisation der in Kraft bestehenden Bildungsvereine zu einem großen Wahlverein; doch sind nunmehr die Vorarbeiten in den hierzu gewählten Kommissionen erledigt. Eine größere Zahl von teils verzogenen, teils mit ihren Beiträgen rückständigen Mitgliedern mußten getrennt werden. Ausgeschlossen wurden vier Mitglieder, die Streikbrecherdienste geleistet, und ein Mitglied, welches das Vertrauen der Arbeiterschaft fast mißbraucht hatte. Für die Bibliothek sind vierzehnhundert 60 Mark eingestellt. Der Bericht des Kassierers ergiebt eine Einnahme inkl. allem Bestand von 1034,91 M., der eine Ausgabe von 522,45 M., darunter 400 M. an den Vertrauensmann, gegenübersteht. Somit verbleibt ein Bestand von 532,46 M. Die Wahl des Vorstands ergiebt folgendes Resultat: Pank, 1. Vorsitzender, Dunge, 2. Vorsitzender, 1. Kassierer, Kresse, 2. Kassierer, Wegner, Schriftführer. Revisoren: Junger, Fiemming, Vogel. Zum andern Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Sirsch einen interessanten Vortrag über: „Fabrikinspektion Charlottenburg“, über welchen sich eine lange Diskussion entspann, an der sich die Genossen Speerer, Sabor und Krätze beteiligten. Unter Vereinsangelegenheiten ward die Aufnahme von 20 neuen Mitgliedern vorgenommen, der Genosse Labude als Abteilungsführer für den sechsten Bezirk bestätigt, sowie auf den 11. November d. J. nachmittags 4 Uhr stattfindenden Besuch der Urania (pro Bildet 40 Pf. durch die Abteilungsführer) aufmerksam gemacht. Auf Anregung des Genossen Klein wird in nächster Zeit wiederum eine Verfassungskonferenz über die Mitglieder des Wahlvereins stattfinden. Schluß der Versammlung 9 1/2 Uhr.

Friedrichsfelde. Am 18. d. M. hielt der Socialdemokratische Wahlverein für Friedrichsfelde seine Generalversammlung ab. Der Bericht des Vorstandes ergab einen Mitgliederbestand von 87 Personen. Die Einnahme vom zweiten und dritten Quartal betrug 90,62 M., die Ausgabe 81,29 M., bleibt ein Bestand von 9,33 M. Bei der Neuwahl des Vorstands wurden gewählt: Pinski zum ersten Vorsitzenden, Kacza zum zweiten, Riebe zum ersten Schriftführer, Mühlmann zum zweiten, Daenike zum Kassierer, zu Revisoren Thrakowski und Glawe, zu Revisoren Feldt und Schiemann. Die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung, betreffend Bericht und Wahl des Vertrauensmanns, sowie der Lokalkommission, wurden abgelehnt und einer öffentlichen Versammlung überwiesen. Als Delegierte zur Kreis-Konferenz wurden die Genossen Riebe, Kacza und Gronwald gewählt.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. Heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus: Generalversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. J. D. 20. Die Wechselsche sind bei Siemens u. Halste ebenso wie bei der Großen Berliner; für den Anfang beträgt der Monatslohn michin 85 M. Fragen Sie Margrafenstr. 94 an. Tante. 1. Vamprecht deutsche Weichte und Schloßer Weichte sind zu empfehlen. 2. Verlangen Sie in einer Buchhandlung die Mathematischen Unterrichtsbriefe. 3. Einen solchen Mann kennen wir nicht. Ein Nieter. Bei Stumm. A. 64. Eine Milliarde hat tausend Millionen. 2. Gundersenstraße. Die Gundersen sind infolge eines Verschens hinzugezogen worden. Es ist doch selbstverständlich, daß uns jede Kränkung des mutigen Manns fernlegen hat. Daß eine Eingabe Erfolg haben wird, bezweifle ich. Verlassen Sie es immerhin. H. Fröhlich. Schriftliche Antworten erteilen wir nicht. Sie können aus der Bundesliste durch Erklärung vor dem Amtsgericht Ihres Wohnorts austreten. - J. J. S. 10. 61. 1. Reim, 2. In. 3. In. - 2. B. Die Reichsbank ist eine unter Aufsicht und Leitung des Reichs stehende Bank. Sie hat die Eigenschaften einer juristischen Person. Ihr steht die Aufgabe

Achtung! VI. Wahlkreis! Achtung!
 Dienstag, den 23. Oktober 1900, abends 8 1/2 Uhr:
5 öffentl. Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:
Königstadt, Schönhauser Allee 10-11.
 Referent: Stadtvordneter **H. Borgmann.**
Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9.
 Referent: Stadtvordneter **Bruns.**
Hensels Salon, Invalidenstr. 1.
 Referent: Der Kandidat des Kreises **G. Ledebour.**
Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.
 Referent: Reichstags-Abgeordneter **P. Singer.**
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49.
 Referent: Reichstags-Abgeordneter **Fr. Zabell.**
 Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
 Die bevorstehende Reichstagswahl und das Verhalten der bürgerlichen Parteien.
 Recht zahlreicher Besuch erwartet

220/19 Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Volks-Versammlung
 am Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 Uhr,
 im großen Saal der Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht der Vertrauensperson und Renouveau derselben.
 2. Bericht über die Frauenkonferenz in Mainz.
 3. Bericht über den Internationalen Kongress in Paris. Referentinnen **Gen. Ihrer und Zetkin.**
 Zahlreichen Besuch dieser wichtigen Versammlung erwartet
 Die Vertrauensperson der Frauen.

II. Wahlkreis, S.-D. Wahlverein.
 Heute, Dienstag, 23. Oktober, abds. 8 1/2 Uhr,
 im Saal der Habelschen Brauerei, Bergmannstraße 5-7:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Bericht des Vorstands und Kassierers. — Renouveau des Vorstands. —
 Verschiedenes. 238/15
 Mittagsbuch legitimiert. Zur Ausgabe kommen: Parteitag-Protokolle.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
 Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein
 für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
 im Lokal „Dresdener Casino“, Dresdenerstr. 97.
 Tages-Ordnung:
 1. Vierteljährlicher Bericht: a) des Vorstands, b) des Kassierers.
 2. Diskussion. 3. Wahl des 1. Vorsitzenden. 4. Vortrag des Genossen **H. Schütte** über: „Das Sozialistengesetz“. 5. Diskussion. 6. Vereinsangelegenheiten. 240/20*
 Als Broschüre wird in diesem Vierteljahr das Mainz-Protokoll gegeben und gelangt dasselbe in der Versammlung zur Ausgabe.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 NB. Die Zahlstellen des Vereins befinden sich: Gottfr. Schulz, Admiralstraße 40a (Kottbuscher Platz); W. Börner, Ritterstraße 15; Martin Mescha, Adalbertstr. 24 (Eingang Engel-Ufer); Emil Ostro, Brandenburgstraße 18; A. Filck, Simeonstr. 23; Ernst Lier, Alie Jakobstraße 119; Franz Krüger, Raumynstraße 54.
 Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein
 für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
 Dienstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr,
 im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuscherstrasse 4a:
General-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstands. 2. Bericht des Kassierers. 3. Renouveau des gesamten Vorstands. 4. Vortrag des Genossen **August Tötterow** über: „Der Pariser Kongress und die internationale Socialdemokratie“. 5. Diskussion. 6. Vereinsangelegenheiten. 243/18
 Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.
 Diejenigen Mitglieder, welche bis inkl. Oktober ihre Beiträge bezahlt haben, erhalten das Mainz-Protokoll gratis. D. O.

Deutscher Buchbinder-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Mittwoch, 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Ufer 15:
Ordentl. General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Schriftstellers **Herrn Rud. Steiner** über: „Häckels Weltreise“. 2. Abrechnung vom Sommerfest. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Das vollständige Erscheinen der Mitglieder erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Dienstag, den 23. Oktober 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (gr. Saal), Engel-Ufer 15:
Versammlung der Klempner.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Dr. Karl Liebknecht** über: Zur Naturgeschichte des Streikbroschens. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Kollegen! In dieser Versammlung gelangen die Fragebogen zur Ausgabe. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist daher unbedingt erforderlich.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Putzer. Achtung!
 Donnerstag, den 25. Oktober, abends 6 Uhr:
Grosse Versammlung
 der Putzer Berlins und der Vororte
 in Cohns Feilsälen, Deuthstraße 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Wohnungsnot und die heutige Gesellschaft. Referent: Schriftsteller und Stadtvordneter **P. Hirsch.** 2. Die weitere Geschichte der Putzer zum Streikfonds. 132/1
 Die Versammlung wird in Rücksicht auf den Referenten pünktlich eröffnet.
J. H. Franz Schulz, Brunnenstr. 102.

Nach langen schweren Leiden starb am 13. d. M., nachm. 6 1/2 Uhr, meine liebe Frau, unser gute Mutter
Louise Michaelis
 geb. Seifert.
 Um stille Beileid bitten
Herrn Michaelis und Kinder.
 Die Beerdigung findet Dienstag, den 23. d., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Lichterberger Gemeinde-Friedhofs (Krughege) aus statt.

Todes-Anzeige.
 Allen Verwandten, Parteigenossen und Freunden die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Schwiegersohn und Schwager
Bruno Schilling
 am Sonnabend verstorben ist. Um stille Beileid bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung erfolgt am Mittwoch, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Langhandstraße 69 aus nach dem Weihenfer Kirchhof (Häufstraße).
 Der Vorstand.

Socialdemokrat. Arbeiterverein für Wissenschaft u. Umg.
 Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß der Genosse und Gemeindevertreter **Bruno Schilling** am 20. d. M. im hiesigen Krankenhaus einem qualvollen Erliegen ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Langhandstr. 69 aus statt.
 18/4 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
 Am Sonnabend, den 20. Okt., abends 1/10 Uhr, verstarb plötzlich unser Parteigenosse, der Buchdrucker und Gemeindevorordnete
Bruno Schilling.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Langhandstr. 69, aus nach dem Weihenfer Kirchhof statt. 223/6
 Regere Beteiligung erwünscht
 Der Vertrauensmann von Weihenfer und die socialdemokratische Fraktion der Gemeindeverordneten.

Statt jeder besonderen Meldung.
 Am 21. d. M. starb nach längerem Leiden meine liebe Frau und meine liebe Mutter
Anna Hentschel.
 Um stille Beileid bitten
Horitz Hentschel und Sohn.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. d., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichterberger Gemeinde-Friedhofs (Krughege) aus statt.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin.
 Zu kaufen gesucht:
 Liebkecht, Blick in die Neue Welt.
Achtung!
Magnetische Gesellschaft, Nizdorf.
 Mittwoch, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Apollo-Sälen, Hermannstr. 48-50: 165/18
Großer Vortrag
 des Herrn Reinhold Gerling über: Sofortige Schmerzstillung durch einfache Handgriffe. Anzuwenden bei Rheumat, Blutanfall, Magenkrampf, Kopfschmerzen, Nervenschmerzen usw.
 Der Vorstand: **J. Langer.**

Socialdemokratischer Wahlverein
 für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).
 Am Dienstag, den 23. Oktober v., abends 8 Uhr,
 Große Frankfurterstraße 117:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstands. 2. Kassenericht per 1. Halbjahr 1900. 3. Renouveau des Vorstands und der Kassieren. 4. Statutenänderung. 5. Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann** über: „Die Weltkriegs- und der chinesische Krieg“. 6. Diskussion.
 Der Vorstand.

Centralverband der Maurer etc.
 Am Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Ufer 15:
Generalversammlung der Zahlstelle Berlin II

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung des Kassierers vom 3. Quartal 1900. 2. Vortrag des Genossen **Dr. Weyl** über: Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes. 3. Verschiedenes. 190/8
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet
 Die Verbandsleitung.

Herbstfest der Bildhauer
 Sonnabend, 27. Oktober, bei Kessler, Koppenstraße 29.
 Programm in bewährter Weise.
 Eintrittskarten à 75 Pf. inkl. Lang (Mitglieder 50 Pf.) sind noch zu haben bei Trautvetter, Kraussstraße 28, III.; Nosck, Sorauerstr. 11, I. und im Bureau Engel-Ufer 15, Zimmer 27 von 11-1 und 1/2-7 Uhr. Unerkaufte Eintrittskarten sind bis zum 26. Oktober zurückzugeben. — Gäste willkommen.
 Das Vergütungskomitee.

Achtung! Textil-Arbeiter. Achtung!
 Filiale Berlin III (Dekatore).
 Am Mittwoch, den 24. Oktober 1900, abends 8 Uhr, im Lokal von Janaschk, Inselstraße 10:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstands. 2. Bericht des Kassierers und der Kassieren. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Renouveau des Vergütungskomitees. 197/19
 5. Verschiedenes.
 Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Soeben beginnt der 19. Jahrgang der

Neuen Zeit
 Revue des geistigen und öffentlichen Lebens
 Unter ständiger Mitarbeiterschaft von
A. Bebel, P. Lafargue, Fr. Mehring, J. A. Sorge
 redigiert von
Karl Kautsky

Die angesehene Stellung, welche sich die „Neue Zeit“ bei Anhängern und Begnern der Socialdemokratie erworben hat, verdankt die Zeitschrift ihrer Eigenschaft als Organ des wissenschaftlichen Sozialismus, nicht minder aber auch der einer politischen Renouveau ersten Ranges. Die Ereignisse des Tages, die von weiter reichender Bedeutung sind, werden, namentlich soweit sie auf die Arbeiterbewegung und den Sozialismus Bezug haben, eingehender besprochen, als es in der Tagespresse möglich ist, während gleichzeitig die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur und Kunst, der Naturwissenschaften und der Technik angemessene Berücksichtigung finden.
 Die „Neue Zeit“ darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.
 Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolportierer zum Preise von M. 1.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.
 Hochachtungsvoll
J. H. W. Dick Nachf., Stuttgart.

Würzburger Hühneraugenmittel
 von **Dr. H. Unger.** — Gegen 20 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. inbisherigen Sanftert.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
 Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstraße. München: Schützen-Apothek. Stuttgart: Hirsch-Apothek. Breslau: Victoria-Apothek. [54300*]

Begründung des Geschäfts 1875.
M. Schulmeister
 en gros Schneidermeister en detail 56942*
 Dresdenerstraße 4, am Kottbuscher Thor.
Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.
 Herbst- und Winter-Paletots in Eskimo, Cheviot von 16,50—42 Mk. und Reimmer
Gehrock-Anzüge . . . von Mk. 27 an
Rock-Anzüge 23
Jackett-Anzüge 15
Beinkleider 5
Winter-Joppen . . . von Mk. 5 an
Schlafrocke 8,50.
Jünglings-Anzüge . . . 12.
Knaben-Joppen, einzelne Hosen.
 Knaben-Anzüge zu außerordentlich billigen Preisen.
 Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.
 Streng reelle Bedienung.

Königsberger Geld-Lotterie
 zur Freilegung des königlichen Schlosses zu Königsberg i. Pr.
 6240 Geldgewinn im Betrage von
190 000 Mk. 50000, 20000 M. etc.
 Original-Loose à 3 Mark (Paris u. Liste 30 Pf.) empfohlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-Gesellschaft
 Berlin W., Friedrich-Strasse 181. Filiale NW., Wilsnacker-Strasse 63.
 Ziehung unwiderruflich 29. Oktober bis 1. November.

Wohlfahrts-Lose
 Loose à Mk. 3.30 (Porto und Liste 30 Pf. extra)
 zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.
 Ziehung 29. November u. folg. Tage zu Berlin.
 16870 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug im Betrage von M.
575,000
 Haupt-Gewinn **100,000**
 Haupt-Gewinn **50,000**
 Haupt-Gewinn **25,000**
 Haupt-Gewinn **15,000**
 2 à 10 000 — 20 000
 4 à 5 000 — 20 000
 10 à 1 000 — 10 000
 100 à 500 — 50 000
 150 à 100 — 15 000
 600 à 50 — 30 000
 16000 à 15 240 000
 Loosezahl 800000. — Versand geg. Postanweisung oder Nachnahme durch General-Debit: Bankgeschäft
Lud. Müller & Co.
 in Berlin, Breitestr. 5 und Hamburg, Nürnb. München.
 Telegr.-Adr.: Gilsdammstr.

2. Ziehung d. 4. Klasse 203. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 22. Oktober 1900, vormittags.
Aus der Urmaschine über 200 Mark sind die bezeichneten Nummern in Blauem beigelegt.

150 204 431 788 897 1302 317 56 413 (3000) 48 89 253
60 137 896 307 2357 433 228 831 998 308 330 31 (1000)
498 509 718 904 4254 313 39 (3000) 42 454 701 84 5185 271
499 73 312 641 86 706 804 921 6094 18 133 63 (3000) 260

10054 222 49 80 418 558 96 610 87 719 826 935 99 11170
84 308 611 (3000) 67 946 76 12100 250 47 533 643 829 (1000)
42 929 12086 408 588 691 (3000) 96 807 14351 309 73 719

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

20031 34 124 334 76 455 69 517 774 89 819 17 901 29 44
10102 252 427 (3000) 637 86 (1000) 707 (1000) 610 22177
278 35 528 (3000) 33 56 718 23124 300 708 621 24027 184

2. Ziehung d. 4. Klasse 203. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 22. Oktober 1900, nachmittags.
Aus der Urmaschine über 200 Mark sind die bezeichneten Nummern in Blauem beigelegt.

19 (3000) 111 34 278 285 540 73 1006 30 51 141 490 513
628 89 927 (5000) 2034 80 218 309 507 706 913 3035 30 271

315 486 327 727 54 69 829 822 4030 28 (5000) 126 428 (1000)
628 75 747 447 916 38 71 5098 91 216 64 81 509 413 730 83

526 970 4072 124 93 206 414 27 32 62 (3000) 600 778 950
7437 (3000) 90 692 831 947 83 (5000) 65 90 8007 (500) 479 (3000)
643 817 959 9073 129 70 (3000) 238 408 82

10061 103 405 718 875 982 11006 229 336 (500) 427
39 43 833 912 12001 85 550 56 677 13016 36 64 70 140

289 318 23 47 682 14028 139 67 75 352 95 (1000) 583 713
(3000) 12005 417 521 705 (3000) 14034 76 (5000) 676 984

17174 226 81 319 87 (1000) 417 (3000) 51 531 53 914 47 18065
58 78 83 234 628 701 906 30 10105 505 765 827 46 97 912

20079 302 49 32 307 44 478 694 958 21321 (500) 67
423 55 569 634 931 87 22024 (500) 294 622 708 834 44

(1000) 946 23106 282 589 60 53 765 24352 356 76 406
300 829 91 25085 87 235 91 304 501 5 684 830 82 88 560

20087 372 442 60 86 845 27053 388 922 35 55 24070 170
321 428 713 29009 233 (15 000) 477 618 47 32 (1000) 74
733 87

30084 129 335 415 17 522 694 778 948 (3131) 294 465
553 606 12 61 748 68 74 22005 28 138 287 337 (500) 96 442

274 339 39 69 471 551 95 627 875 (1000) 23000 26 41 85
107 12 301 53 542 616 739 51 85 819 909 30024 50 122 294

404 24 301 (5000) 37040 121 (3000) 275 328 58 48 327 98 (300)
871 84 936 38208 28 401 65 507 90 741 61 814 30179 224

28 (3000) 40 378 401 71 581 884 966
40220 281 445 300 624 (1000) 46 971 82 85 41155 (3000)
397 319 48 416 67 000 974 76 43022 87 101 90 (30 000)

608 9 78 81 777 98 908 57 42222 64 649 718 842 (3000)
65 44010 91 153 296 307 401 409 (5000) 59 45000 (3000) 135

(3000) 260 292 77 673 92 701 783 46283 675 774 804 (1000)
907 35 47317 76 429 41 710 982 48129 255 81 090 90 210

49003 65 166 97 307 67 500 67 715
50032 101 300 40 48 489 388 47 50 705 80 828 967 87

51012 372 418 545 622 728 32 700 52194 231 90 456 (1000)
511 71 626 861 330 69 53934 300 615 30 81 712 801 38 49

(10 000) 67 97 (1000) 394 54086 126 287 421 82 871 (5000)
78 614 829 99 952 55033 (1000) 34 110 312 470 813 50978

224 306 62 71 406 48 515 (3000) 698 702 (3000) 61 818 36 93
822 44 72 92 57092 253 381 81 488 518 746 90 933 58217

89 575 93 81 809 17 61 962 59056 456 615 87
60175 211 424 61056 283 (1000) 735 831 940 62174

230 (3000) 317 36 327 51 63 788 61077 300 655 910
40067 116 96 911 600 30 692 734 65120 245 414 815 76 901

60427 209 30 346 412 532 761 914 (3000) 67148 618 619 84 785
583 688728 298 (3000) 321 39 582 603 19 719 61 918 26 60194

341 90 413 612 516 22 64 605 8 31 711 803 27 991
70184 214 244 813 936 900 74233 320 499 512 43 91 (3000)

654 707 92 72004 30 399 35 325 (1000) 88 419 631 758 76
670 85 73085 82 348 (1000) 75 419 808 922 (3000) 87

2. Ziehung d. 4. Klasse 203. Kl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 22. Oktober 1900, nachmittags.
Aus der Urmaschine über 200 Mark sind die bezeichneten Nummern in Blauem beigelegt.

77 134178 78 (5000) 631 628 683 625 689 115006 (5000)
125 151 94 (3000) 341 72 425 691 729 69 997 110066 411

83 705 47 800 973 117089 142 374 473 513 (5000) 80 710 63
118264 106 25 41 406 514 (3000) 27 653 725 119126 424 606

783 895 307 (3000)
120376 427 41 580 630 731 978 121057 69 (5000) 179 225
338 411 710 947 (5000) 122027 139 73 250 517 899 507 77

123009 207 (50000) 26 290 648 69 629 69 124237 43 309
472 589 707 951 851 1 123037 453 503 85 691 80 795 833

42 921 120017 83 133 65 281 38 371 27 406 38 621 95 95
577 92 120746 92 141 44 98 91 412 64 303 (500) 578

789 920 25 88 943 128064 120 207 79 219 528 642 769 930
86 87 120988 492 507 80 603 88 900 53
120112 37 40 (5000) 430 78 765 978 98 131025 224

402 (3000) 20 883 778 80 900 31 82 132179 (5000) 581 736
123330 30 60 (3000) 492 913 124290 359 529 816 61 132502

158 283 70 94 353 543 47 61 81 96 320 974 97 134011 140 312
651 (5000) 736 818 928 137049 103 128 98 94 305 435 (3000) 654

73 84 74 836 306 128100 54 388 417 783 895 29 31 81 67
979 130023 191 547 60 706 905 67 81 87 94 (1000) 57

140040 84 190 300 358 78 518 806 99 141005 (900)
981 873 413 62 568 685 692 984 86 142277 414 301 81 773

88 949 140408 300 470 (3000) 335 638 88 800 99 141005 (900)
163 70 256 336 408 988 145298 313 (5000) 609 588 648 710 11

(3000) 51 97 818 144017 206 447 301 775 828 147027 144
82 225 77 (3000) 81 91 572 453 511 309 833 84 907 148018 130

551 458 (5000) 97 439 545 68 874 901 97
218 (3000) 27 439 545 68 874 901 97
140000 (500) 114 272 380 705 908 101116 211 335 87 (3000)

41 428 52 550 714 272 380 705 908 101116 211 335 87 (3000)
(5000) 213 204 610 712 104004 155 285 (3000) 288 (3000) 44 48

69 69 82 824 1455330 401 54 300 622 872 146191 21 203
447 204 211 21 945 49 147018 (3000) 94 297 310 748 612

798 35 815 37 943 49 148021 188 587 943 73 91 160942 44
170 479 61 66 35 832 (3000) 55
170377 71 83 230 456 84 530 53 743 51 901 (5000)

171023 73 119 30 290 315 601 770 72 815 174026 236 387
644 720 74 555 173075 548 735 82 174033 64 71 281 547

820 917 59 175029 100 422 623 724 854 901 (3000) 170192 95
942 40 5 545 (3000) 794 47 49 177000 95 151 286 679 791

93 898 300 31 178022 23 280 (3000) 640 170100 61 212 438
97 745 814 976
180254 306 829 88 181022 201 331 (3000) 74 87 97 607

44 (3000) 848 913 77 182047 69 136 (3000) 65 336 (3000) 605
217 887 989 183022 101 23 86 381 454 601 74 80 184072

138 200 326 431 (3000) 376 995 185 205 27 34 80 (3000) 140
280 311 483 93 701 895 (1000) 900 180004 184 265 (1000) 414

679 633 898 187000 401 46 545 (5000) 614 72 (3000) 745 37
809 884 89 188002 72 170 73 456 74 59 692 782 (3000) 831

965 68 188092 306 318 32 62 91 694 730 901
100078 118 82 383 430 30 638 101009 70 109 118 (3000)
237 333 619 708 20 873 970 102022 46 (3000) 143 (3000)

366 400 662 833 (5000) 41 48 923 100921 626 (3000) 747 222
78 194009 177 30 233 71 614 803 946 77 196078 114 218 55

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste
Wort fett, Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Vorjährige elegante Herren-Winter-
paletots und Anzüge aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag
und Sonntag. Verkaufshaus
Germania, Unter den Linden 21 II.
Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 2876
Gardinen-Specialgeschäft, Blumen-
straße 8. Anerkannt vor

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Reichstags-Wahlkreis. Eine Kommunal-... wählere-Versammlung wird heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr bei Beyer, Fischerstr. 25, abgehalten.

Zweiter Wahlkreis. In der heutigen Generalversammlung des Wahlvereins, die in Habels Brauerei in der Bergmannstraße stattfindet, wird an die Mitglieder das Protokoll des Rainzer Parteitag ausgegeben.

Am Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet im großen Saal der „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt.

Achtung, 6. Wahlkreis. Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, fünf Volksversammlungen stattfinden und zwar in folgenden Lokalen: Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49 (Referent: Reichstags-Abgeordneter Fr. Zubeil).

Vierter Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten). Die Mitglieder des Wahlvereins werden ersucht, zu der heute stattfindenden Generalversammlung bei Bräuer, Große Frankfurterstraße 117, recht zahlreich zu erscheinen.

Steglich. Mittwochabend 7 Uhr erfolgt eine Flugblatt-Verteilung, wozu sich die Parteigenossen zahlreich und rechtzeitig an den bekannten Stellen einfinden wollen.

Kommunales.

Die städtische Verkehrsdeputation wird auf Grund der jüngsten Entscheidung der Stadtverordneten-Versammlung in nächster Zeit wichtige Beschlüsse fassen. Bereits am Mittwoch tritt die Deputation zusammen, um die Beratungen über die alsbald von der Stadt zu erbauenden neuen Straßenbahn-Linien zu beginnen.

Die Deputation für die innere Ausschmückung des Rathhauses hat beschlossen, von Schülern des Kunstgewerbe-Museums Entwürfe anfertigen zu lassen, zur Ergänzung des vorhandenen Tafelgeschmucks im Rathause zwei Lichtandelaber und zwei Fruchtstelen im kleinen Maßstabe und hierfür sechs Preise zu je 250 M. auszugeben.

Der Magistrat hat bei der Stadtverordneten-Versammlung deren Genehmigung nachgesucht, daß dem Vorstand der ersten Brandenburgischen Provinzialausstellung für Gefäßelzucht zu den Kosten der Ausstellung im November d. J. aus städtischen Mitteln ein Beitrag von 1800 M. und an Ehrenpreisen der Stadt Berlin die Summe von 700 M. zusammen 2500 M. sowie dem Vorstand des Deutschen Tierzucht-Vereins zu Berlin aus Anlaß der Gelausstellung Ehrenpreise von zusammen 500 M. bewilligt werden.

In der außerordentlichen Magistratsitzung am Sonntagabend kam auch der neue Entwurf der Baudeputation II über das Bauungs-Ordnungsstatut für Berlin zur Besprechung. Nach eingehender Beratung wurde der Entwurf dem Ausschuss überwiesen, der sich mit dem Hugo Schöpschen Antrag beschäftigt, wonach auf Grund des Kommunalabgaben-Gesetzes die Anlieger bei Straßendurchbrüchen oder Erweiterungen usw. entsprechend den dadurch entstehenden Vorteilen zu Abgaben herangezogen werden können.

Lokales.

Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Das Polizeipräsidium hat für den Stadtkreis Berlin folgendes angeordnet:

1. Im Handelsgewerbe, jedoch mit Ausschluß der Bank-, Wechsel- und Lotteriegeschäfte, dürfen abweichend von der allgemein festgestellten sonntäglichen Beschäftigungszeit Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten, am 8., 16. und 23. Dezember d. J., von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

handlungen ist an den genannten drei Sonntagen ebenso wie an den übrigen Sonntagen schon vor Beginn der allgemeinen Verkaufszeit, und zwar von 5 Uhr morgens an zulässig.

2. Von dem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe am 25. Dezember, dem ersten Weihnachtstage, werden, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, ausgenommen:

- a) der Handel mit Milch, mit Bad- und Konditorwaren sowie mit Konfitüren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags;
b) der Handel mit Fleischwaren während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags;
c) der Handel mit Kolonialwaren, mit Vorkostwaren, mit Brennmaterialien, mit Bier und Wein, mit Tabak und Cigarren während der Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags;
d) der Handel mit Blumen während der Zeit von 7-10 Uhr vormittags und von 12-2 Uhr nachmittags;
e) der Handel mit Druckschriften auf den Bahnhöfen während der Zeit von 7 1/2 bis 10 Uhr vormittags;
f) die Zeitungspedition während der Zeit von 4-9 Uhr vormittags.

3. Am 26. Dezember, dem zweiten Weihnachtstage, finden lediglich die allgemeinen Vorschriften über die Feststellung der Zeit zur Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe Anwendung.

4. Alle mit den vorstehenden Festsetzungen nicht im Einklange stehenden Vorschriften früherer Verordnungen bleiben außer Anwendung.

Berliner Arbeiter-Krankenversicherung im Jahre 1899.

Die Arbeiter-Krankenversicherung hat in Berlin naturgemäß auch im Jahre 1899 gegenüber dem Vorjahre an Ausdehnung gewonnen. Die verhältnismäßig stärkste Zunahme der Mitgliederzahl hatten (abgesehen von der Gemeinde-Krankenversicherung, die wegen ihres an sich nur ganz geringen Umfangs hierbei nicht in Betracht kommt) die Betriebs-Krankenkassen, also diejenige Art Krankenkassen, die den Arbeitnehmern mit Recht sehr wenig sympathisch ist. Im Jahre 1899 (bzw. im Vorjahre 1898) war die durchschnittliche Mitgliederzahl: bei 56 (56) Orts-Krankenkassen 244 881 (238 879) männliche Mitglieder, 126 184 (120 831) weibliche, bei 38 (32) Betriebs-Krankenkassen 54 986 (50 311) männliche, 7577 (6597) weibliche, bei 19 (19) Innungs-Krankenkassen 22 283 (21 285) männliche, 6285 (5750) weibliche, bei der Gemeinde-Krankenversicherung 852 (8) männliche, 534 (36) weibliche, bei den staatlichen Eisenbahn- und Post-Krankenkassen 20 814 (20 739) männliche, 1901 (2009) weibliche, bei 35 (38) eingeschriebenen Hilfskassen 22 031 (21 806) männliche, 9526 (11 266) weibliche, bei 2 (2) freien landesrechtlich genehmigten Hilfskassen 402 (422) männliche, bei 24 (26) eingeschriebenen Hilfskassen, die dem § 75 des Krankenkassen-Gesetzes von 1883 nicht entsprechen, 50 983 (46 904) männliche, 6512 (4496) weibliche. Bei den Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen, der Gemeinde-Krankenversicherung, den Eisenbahn- und Post-Krankenkassen, den eingeschriebenen und den landesrechtlich genehmigten Hilfskassen erkrankten 1899 (bzw. 1898) männliche Mitglieder in zusammen 154 078 (134 316) Fällen mit 3 517 493 (3 101 346) Krankentagen, weibliche in 58 538 (52 372) Fällen mit 1 600 703 (1 407 069) Krankentagen. Es starben 1898 (3269) männliche und 953 (774) weibliche Mitglieder. Auf 100 männliche Mitglieder kamen also 42,10 (38,58) Erkrankungen- und 1,06 (0,94) Sterbefälle, auf 100 weibliche 38,39 (36,49) Erkrankungen- und 0,63 (0,54) Sterbefälle. Die Zahl der Erkrankungen wie die der Sterbefälle hat demnach im letzten Jahre beträchtlich stärker zugenommen als die der Mitglieder. Auch das Verhältnis der Zahl der Sterbefälle zu der der Erkrankungen hat sich ungünstig verändert. 1899 (bzw. 1898) kamen auf 100 Erkrankungen bei den männlichen Mitgliedern 2,51 (2,43), bei den weiblichen 1,63 (1,45) Sterbefälle. Das Jahr 1899 war in bösem Sinne ausgezeichnet durch zahlreiche Erkrankungen der Simungsorgane. Gerade diese Erkrankungen pflegen unter den Arbeitern die meisten Opfer zu fordern.

Von der Abteilung für Invaliditäts- und Altersversicherungsangelegenheiten, die bei dem Magistrat - als der „unteren Verwaltungsbehörde“ im Sinne des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes - besteht, wird der Bericht pro 1899/1900 veröffentlicht.

Durch das am 1. Januar 1900 in Kraft getretene neue Invalidenversicherungsgesetz sind die Geschäfte der Abteilung erweitert worden. Hingekommen ist besonders die Entgegennahme der Anträge auf Beitragsersatzung und auf Uebertreibung von Rentenbeträgen, sowie die Auskunftsverteilung. Aus dem Bericht dürften besonders die folgenden Angaben interessieren. Die Anträge auf Gewährung von Invalidenrenten sind 1899/1900 auf 3897 gestiegen, davon gingen 2261 vom 1. April bis 31. Dezember 1899 ein, 1136 vom 1. Januar bis 31. März 1900. Von den bis 31. Dezember 1899 eingegangenen Anträgen wurden 1727 als begründet und 926 als unbegründet an die zuständigen Versicherungsanstalten weitergegeben, darunter 1818 an die Anstalt Berlin, 190 an die Anstalt Brandenburg, der Rest an andere Anstalten. Von den seit 1. Januar 1900 eingegangenen Anträgen wurden 721 als begründet und 34 als unbegründet der Landesversicherungs-Anstalt Berlin überandt. Im ganzen wurden 2807 Anträge an die Anstalten weitergegeben. Zurückgezogen oder auf andere Weise erledigt wurden 312, unerledigt blieben 278; sind, wie oben, 3897 Anträge. Von den 2807 Anträgen wurden 2290 bewilligt, 289 abgelehnt; über 228 war noch keine Nachricht eingegangen. Anträge auf Gewährung von Altersrenten gingen 412 ein, 254 bis 31. Dezember 1899, 158 seit 1. Januar 1900. Von den ersteren wurden 183 als begründet und 51 als unbegründet weitergegeben, darunter 217 an Berlin, 13 an Brandenburg, der Rest an andere Anstalten. Von den Anträgen seit 1. Januar 1900 wurden 110 als begründet und 5 als unbegründet an die Anstalt Berlin gesandt, so daß im ganzen 349 Anträge an die zuständigen Anstalten gingen. 89 wurden zurückgezogen oder sonstwie erledigt, 25 blieben noch unerledigt; sind, wie oben, 412 Anträge. Von den 349 weitergegebenen Anträgen wurden 280 bewilligt, 41 abgelehnt, 28 waren noch nicht erledigt. Beitragsersatzung wurde seit 1. Januar 1900 2517 mal beantragt, 2022 mal wegen Ehefortfallung, 56 mal wegen Wegzug einer Unfallrente, 489 mal wegen Tod. 2486 dieser Anträge wurden an die Landes-Versicherungsanstalt Berlin abgegeben, 22 anders erledigt. Auskunft über Angelegenheiten der Invalidenversicherung wurde 306 mal schriftlich erteilt; die zahlreichen mündlichen Auskünfte im Bureau sind nicht gebucht. Auf Antrag der Anstalt Berlin wurden sechs Arbeitgeber, die den Kontrollbeamten die verlangten Angaben verweigerten, durch Androhung und Festsetzung von Geldstrafen dazu angehalten. Seit 1900 ist die Polizei hierfür zuständig. Gegen drei Personen, die in Quittungslisten unzulässige Bemerkungen gemacht hatten, sind Geldstrafen (2, 3, 10 M.) festgesetzt worden. Der Armendirektion wurde, wie üblich, von jedem Rentenansprüche bzw. von den Rentenbewilligungen Mitteilung gemacht. Sie hält sich bekanntlich für geleistete Unterstützungen an den Renten schuldig. Nach dem letzten Verwaltungsbericht der Anstalt Berlin wurden ihr 1899 21 731 M. überwiesen.

Wie die Gläubigers-Demonstration an die Kaiserin arrangiert wurde, darüber teilt uns ein Leser folgendes mit: Freitagabend saß ich mit einem Kollegen in einer Restauration nahe am Wedding. Während wir uns über Arbeitsangelegenheiten unterhalten, bemerken wir, wie ein feingeleibter Herr uns fortwährend beobachtet. Er sitzt und von oben bis unten geht aus dem Lokal heraus und kommt dann wieder. Nun sagt er

sich: „vielleicht auch hält er uns, da wir weiße Wäsche tragen, annähernd für feinesgekleidete. Wir möchten doch das Schriftstück, das er in der Hand halte, mit Namen, Stand und Wohnung unterschreiben. Selbstverständlich fragen wir nach dem Inhalt des Schriftstücks; ob es sich vielleicht gegen den immer noch waltenden Justizhauskurs und ähnliche, das deutsche Volk beleidigende Mißstände richtet? Der Herr blieb stumm, indessen hatten wir aber schon bemerkt, daß es sich um die Gratulation an die Kaiserin handle. Natürlich bedauern wir höflich, aber doch mit der erforderlichen Energie, den Wunsch des Patrioten nicht erfüllen zu können. Der Patriot geht weiter zu einem alten Mann, dem man auf dem ersten Blick ansah, daß er Arbeiter war. Auch hier holte er sich eine noch weit energischer Abweisung. Der Patriot mochte aber inzwischen an seinem netter Gefassen gefunden haben. Ohne etwas zu verzehren, blieb er, auf andre Gäste wartend, ruhig im Lokal sitzen als eine leidenschaftige Majestätsbeleidigungs-Protokollierung. Denn bei der bekannnten Stimmung der Arbeiterklasse ist nur zu leicht ein unbedachtes Wort möglich, das, von einer Demunziantenleiele ausgebeutet, einen braven Mann und seine Familie in namenloses Unglück bringen kann.

Ueber die Zahl der Unterschriften unter der Adresse verlaute immer noch nichts. Gernert es die Arrangeurs, damit herauszurücken?

Zur Anfrage des kgl. Provinzial-Schulkollegiums sind die Direktoren der hiesigen Gemeindefschulen kürzlich ersucht worden, an die Lehrer den Auftrag zu richten, die Schüler und Schülerinnen vor unnützer Belästigung des Kaisers durch Briefe zu warnen.

Das Provinzial-Schulkollegium ist hierbei gewiß von der Ansicht ausgegangen, daß schon im Kindes ein gewisses Selbstbewußtsein großzuziehen ist, und daß es zur Förderung dieser Tugend wenig beiträgt, wenn das Kind durch einen vererbten Geschichtsunterricht zu dem Glauben an die Allmacht fürstlicher Personen verleitet wird und in diesem falschen Glauben mit allerhand oft recht thörichten Wünschen an den Kaiser herantritt.

Die Mafsen im städtischen Obdach. Von den im städtischen Familienobdach in der Frobenstraße untergebrachten Kindern obdachloser Familien sind am gestrigen Sonntag wiederum vier als an den Mafsen erkrankt in das Krankenhaus Moabit geschafft worden. Insgesamt sind bisher 32 derartige Erkrankungsfälle zu verzeichnen gewesen.

Eine „erfreuliche Kunde“. In bürgerlichen Blättern macht folgende Mitteilung die Kunde: Eine erfreuliche Kunde für die Hausfrauen dürfte die Nachricht sein, daß der seit Jahren herrschende Dienstmangel völlig beseitigt sei. Seit Anfang dieses Monats ist ein so starkes Angebot von Dienstpersonal zu verzeichnen, wie es seit mindestens fünf Jahren nicht mehr der Fall gewesen, ja es ist in den letzten Tagen wiederholt vorgekommen, daß in den Befindvermittlungsbureaus das Angebot die Nachfrage nicht unerheblich überstieg. Diese auffällige Erscheinung dürfte wahrheitsgemäß auf die Konjunktur in zahlreichen hiesigen Fabriken zurückzuführen sein; es haben Ende vorigen Monats umfangreiche Entlassungen weiblicher Arbeitskräfte stattgefunden.

Für die Zustände, die sich unter der für das Gefinde bestehenden Ausnahmevorschrift herausgebildet haben, ist es bezeichnend, daß erst der Arbeitsmangel in der Industrie, die den Proletariatsmädchen doch wahrlich keine Annehmlichkeiten bietet, diese Mädchen den Befindvermittlungsbureaus und den „Gerrichten“ zutreibt. Noch bezeichnender ist es, daß der wirtschaftliche Niedergang aus diesem Grunde als ein erfreuliches Zeichen betrachtet wird.

Reiniger-Ladenschluß der Apotheken. Die Apotheken in Berlin O. und NO. haben vereinbart, vom 1. November d. J. ab ihre Apotheken um 9 Uhr zu schließen.

Eine neue Rücksichtslosigkeit der Berliner Straßenbahn-Gesellschaft. Sommerwagen ohne jede Schutzvorrichtung verkehren gestern bis zum Abend auf den Linien vom Zoologischen Garten bis Treptow und auf andren Strecken. Die Passagiere machten ihrer Entrüstung in derbster Weise Luft, aber sie mußten, um überhaupt mitzukommen, wohl aber abel in dem Wagen Platz und als Zugabe für die Fahrt eine Erkältungskrankheit mit in Kauf nehmen.

In der Herberge des Glucks, dem städtischen Obdach, befanden sich am 1. Oktober d. J. 188 obdachlose Familien mit 448 Personen und 108 Einzelpersonen. - Im Laufe des Monats September wurde das städtische Obdach von 14 306 männlich Obdachlosen und zwar von 12 905 Männern und 2001 Frauen bewohnt. Von diesen Personen wurden 65 hiesigen Krankenhäusern, 4 der Anstalt für Epileptische „Bühlgarten“, 24 der Geschlechtskrankheiten und 161 der Polizei überwiesen. Gebadet haben im Obdach 6957 Personen.

Die bekannte Aeußerung des neuen Bürgermeisters Brinmann über die Wohnungsfrage und die Notwendigkeit einer Wohnungsbeaufsichtigung wird in Hausbesitzerkreisen viel besprochen. So gab im Grundbesitzerverein Osten speziell der lehrerwähnte Vorschlag Anlaß zu einer lebhaften Debatte. Dem Vorsitzenden, wie vom Stadtverordneten Rehring wurde auf die Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses Plans hingewiesen und das Verlangen ausgesprochen, daß falls democh die Wohnungsinspektion eingeführt werde, auch Vertreter des Hausbesitzerlandes zu diesem Amt herangezogen werden sollen. Ein in der Versammlung gestellter Antrag, das Polizeipräsidium zum Erlaß einer Verordnung zu bewegen, welche das Vermieter- und Schlafstellenwesen wesentlich einschränkt, wurde abgelehnt und vor einem zu rigorosen Vorgehen der Haus-eigentümer in dieser Frage, mit Rücksicht auf die ärmeren Mieter, gewarnt.

Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter den Kindern wird vom hiesigen Central-Viehshof gemeldet.

Das Richard Wagner-Denkmal soll, wie jetzt bestimmt worden ist, am südlichen Ende des Tiergartens, der Hildebrandstraße gegenüber, zu stehen kommen.

Zwischen den Polizei- und Gerichtsbehörden in Berlin ist es aus Anlaß der veripäten gerichtsarztlichen Oeffnung der Leiche der ermordeten Frau Auguste Kerger zu einer Mißsprache gekommen. Die Leiche wurde am Sonntag früh aufgefunden und erst am Dienstagmittag von der Gerichtskommission befragt und geöffnet. Die Polizei und Staatsanwaltschaft hatten auf die sofortige Leichenöffnung hingewirkt, damit die Todesursache schnell festgestellt und die Nachforschungen nicht gehemmt würden. Wenn auch die polizeilichen Ermittlungen zur Aufklärung dieses Falls in der Zwischenzeit nicht geruht haben, so fehlte es doch an einer festen Unterlage, weil der Thatbestand noch keineswegs feststand und die Festnahme von verdächtigen Personen nicht hätte aufrecht erhalten werden können. Nur weil der verdächtige Klempner Richard Müller mehrfach vorbestraft war und unter Polizei-Wacht stand, ließ sich seine Festnahme rechtfertigen. In in Zukunft Unzuträglichkeiten vorzubringen und eine schnelle Feststellung der Todesursache in solchen Fällen zu ermöglichen, sind Anordnungen getroffen worden, daß die gerichtsarztliche Oeffnung sofort nach Auffindung der Leichen oder doch bald darauf erfolgt.

Die Rahe läßt das Mauseu nicht. Der aus dem Tausch-Prozess bekannte Journalist Ledert ist, wie ein Richterstatte meldet, in Aktion verhaftet worden. Wie wir kürzlich mitteilten, hatte er sich unter dem Namen Vorsten bei einem dortigen Blatt Stellung als Redacteur verschafft, wurde dann aber, nachdem er eine Reihe von Beiträgen verfaßt, entlarvt. Es wird ihm auch Urkundenfälschung zur Last gelegt.

Die Akten in der Obdachsache gehen nunmehr mit dem Bericht der Staatsanwaltschaft an den Justizminister ab. Wie es heißt, soll diese Behörde Vollstreckung des Todesurteils empfohlen haben. Der Offizialverteidiger Dr. Hervert Bränkel hat es für seine

Gewissenspflicht erachtet, in einer Eingabe an den Kaiser auf die Bedenken hinzuweisen, welche gegen die Züchterschaft oder Wittföhrerschaft Gönzci an der Ermordung der beiden Frauen zu sprechen scheinen. Die freigelegene Ehefrau Gönzci hat, als sie von dem Schritte des Verteidigers für ihren Mann Kenntnis erhielt, sich mit diesem in Verbindung gesetzt, um sich dem Gesuch um Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus anzuschließen. Gönzci hatte neuerdings den Verteidiger aufgefordert, abermals ein Wiederaufnahmegesuch einzureichen. Der Verteidiger hat es abgelehnt.

Für den Harmlosenprozess sind, wie es heißt, drei Wochen angelegt worden. Die Verhandlungen beginnen am 19. November, es sind für jede der drei Wochen fünf Verhandlungstage in Aussicht genommen. Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Oppermann.

Zimmer rin in die Heilsarmee. Die Heilsarmee kündigt an: Kapitän Cronemann, ein junger beehrter Kaufmann aus Königsberg, leitet in der Heilsarmee-Halle, Postenstr. 38, einen großen Seelenrettungs-Feldzug. Trinker, Spieler, Raucher, Wollüstlinge, Socialdemokraten, Heuchler, selbstgerechte Pharisäer, Israeliten, Nansen- und wahre Christen; jedermann ist herzlich willkommen. Eine etwas gemischte Gesellschaft würde da zusammen kommen!

Arbeiter-Risiko. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabendvormittag 9 1/2 Uhr in der Pianofortfabrik von C. Bedelstein, Grünauerstr. 38/39. Der Arbeiter Richard Göge, welcher bei dem Großen internationalen Reinigungsinstitut als Fensterputzer angestellt ist, war mit dem Reinigen eines Fensters in der dritten Etage beschäftigt. Hierbei rutschte er auf dem Fensterbrett aus und stürzte auf ein im ersten Stock gelegenes Glasdach. Durch die Wucht des Anpralls brach das Dach unter großem Getöse zusammen und G. fiel auf eine untenstehende Juristentaschine. Glücklicherweise war dieselbe außer Betrieb. Außer einigen Schnittwunden hat sich der Schwerverletzte bei dem Sturz eine Gehirnerschütterung und mehrfachen Rippenbruch zugezogen. Er erhielt die erste Hilfe in der Sanitätswache am Gödelitzer Bahnhof und wurde von dort in höchst bedenklichem Zustand nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Große Erregung herrschte unter den Arbeitern der Fabrik darüber, daß für den geringen Lohn von 2,50 M. pro Tag die Arbeiter einer solch lebensgefährlichen Beschäftigung nachgehen müßten.

Am seinem Geburtstag tödlich verunglückt ist gestern vormittag der 64 Jahre alte Vorarbeiter Eduard Draeger aus Daldorf. Der Mann wurde um 10 Uhr vormittags auf dem Leichter Personenbahnhof von einer Lokomotive gefaßt und überfahren. Die Leiche wurde ihm zermalmt und ganz abgefahren. Arbeiter brachten ihn mit einer Tragbahre nach der Charité. Als er dort ankam, war er schon tot.

Weltere Opfer der elektrischen Straßenbahn. Der 40 Jahre alte Droßkauerluischer Ernst Kresse aus der Lützowstraße 104, der am Mittwoch voriger Woche von dem Hause Potsdamerstraße 123 bei einem Zusammenstoß seiner Taximeterdroßke erster Klasse mit einem elektrischen Straßenbahnwagen vom Dach geschleudert wurde und sich einen Schädelbruch zuzog, ist im Elisabeth-Krankenhaus gestorben. Er hinterläßt seine Frau mit zwei Kindern im Alter von 18 und 8 Jahren.

Am der Ecke der Frankfurter- und Wilmannsstraße wollte gestern, Montagmorgens in der ersten Stunde die 34 Jahre alte Verkäuferin Anna Wolf aus der Varnhagenstraße 43 von der Markfilus- nach der Wilmannsstraße hinübergehen. Bemüht, vor einem Geschäftswagen vorüberzukommen, geriet sie unter einen elektrischen Wagen der Linie Frankfurter Allee—Großgörschenstraße, der aus derselben Richtung von der Kleinen Frankfurterstraße herkam. Sie wurde zehn bis fünfzehn Schritte weit geschleift, erlitt außer einem Bruch des rechten Oberarms, bedeutende Verletzungen am Kopf und an den Schultern und mußte, nachdem sie auf der Unfallstation am Grünen Weg einen Rotverband erhalten hatte, mit einem Lächeln Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht werden.

Von einem elektrischen Wagen wurde Montagmorgens um 4 Uhr in der Berlinerstraße zu Charlottenburg der Möbelträger Stard beim Abladen umgestoßen und geschleift. Er erlitt eine Kopfverletzung und Gehirnerschütterung und mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Vor den Augen seiner Mutter getötet wurde am Sonnabendabend um 8 1/4 Uhr der 12 Jahre alte Sohn Fritz des Maurers Robert aus der Göbenstraße 7. Der Knabe fuhr mit seiner Mutter in einem elektrischen Straßenbahnwagen bis zur Ecke der Potsdamer- und Göbenstraße. Unmittelbar nach dem Aussteigen ging er hinten um den Wagen herum, um den Fahrdamm zu überschreiten, als er unter einen entgegenkommenden Wagen geriet, unter den ihn die zu Hilfe gerufene Feuerwehre mit Wache hervorholte. Der Verunglückte, dem der ganze Leib zerissen war, starb bald darauf. Er war das einzige Kind der Frau, deren Mann seit zwei Monaten an einem Lungenseiden im Roabiter Krankenhaus darniederliegt.

Ein großer Dachstuhlbrand wütete Montagabend Luisenstraße 27. Kurz nach 6 Uhr drang Rauch durch Bodenlücken, und als der Hausverwalter die Bodenlücke öffnete, fand er bereits alles verqualmt und Flammen züngelten an einem Haufen Alten empor, die dem Patent-Bureau von Limar gehörten. Da das Feuer dann von mehreren Stellen aus gemeldet wurde, so rückten bald acht Löschzüge, darunter mehrere Dampfspritzen heran. Anfangs war infolge der starken Verqualmung nur über mechanische Leitern an den Brand heranzukommen. Das Feuer breitete sich schnell aus, erfaßte fast den gesamten Dachstuhl des Vorderhauses und sprang außerdem auf eine Dachwohnung des Hauses Nr. 26 über. Nach einständigen Wassergeben galt die Gefahr für beseitigt, doch nahmen die Aufräumungsarbeiten noch lange Zeit in Anspruch. Die anfangs lautgewordene Verfürchtung, daß ein Kind in den Flammen umgekommen sei, bestätigte sich glücklicherweise nicht. — Kurfürstenstr. 153 war im Keller ein Faß mit Petroleum in Brand geraten, der Kisten und Waren zerstörte. Gleichzeitig war Fehrbellinerstr. 52a ein Ballonloggenbrand abzulösen.

Das Austragen der Frühstücks-Bakeware und Milch soll, nach Beschluß einer sehr zahlreich besuchten Versammlung von Bäckermeistern, mit Rücksicht auf die Verteuerung von Kohle und Milch, die erhöhten Betriebskosten durch Steigerung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Aushilfsarbeit etc. nur mehr gegen wenigstens teilweise Entschädigung erfolgen, und zwar ist ein Entgelt von 5 Pf. wöchentlich bzw. 20 Pf. monatlich in Aussicht genommen. In einer demnächst stattfindenden Versammlung von Milch-, Backwaren- und Bäckermeistern soll der Zeitpunkt der Einführung dieser Maßnahme beschlossen werden. Derartige Beschlüsse sind schon mehrfach unter den verschiedensten Vorwänden gefaßt worden, ohne daß jemand an ihre Durchführung dachte.

Belobigung. Der Kaufmann Herr Heinrich Müllbe, Reichenbergerstraße 122, hat am 25. September d. J. den fünfjährigen Knaben Walter Krähahn aus der Lanwitzstraße 5, welcher beim Spielen in den Landwehrkanal gefallen war, vom Tode des Ertrinkens gerettet. Für die mit Mut und Entschlossenheit vollbrachte That wird Herr Müllbe hierdurch öffentlich belobt.

Der Verdacht eines Giftmordes hat sich neuerdings gegen den verhafteten Hausdiener Karl Golecki erhoben, der, wie wir kürzlich berichteten, die Inhaber eines Modefalons, Frau Heller, Friedrichstr. 40a, durch Abfälschungen von Golddeklarationen schwer schädigte. Der frühere Inhaber des Modefalons hieß Arndt, seine Privatwohnung befand sich unmittelbar neben dem Salon. Er lebte sehr zurückgezogen und hatte die Aufsicht über den Salon und Zimmerreinigung den Goleckischen Eheleuten übertragen. Frau Golecki hatte außerdem öfter für Einholung von Speisen und Getränken zu sorgen. Außer von den Eheleuten Golecki wurde die Arndtsche Privatwohnung von fremden Personen fast nie betreten. Da starb nun vor etwa 1 1/2 Jahren Arndt ganz plötzlich, ohne daß irgend welche Krankheitserscheinungen

vorher an ihm bemerkt gewesen wären. Da nun die jetzt gegen den Verhafteten geführte Untersuchung bereits ergeben hat, daß die Abfälschungen und Fälschungen bis zum Jahre 1897 zurückreichen, also auch schon unter dem früheren Geschäftsinhaber, dem verstorbenen Arndt, begangen wurden, so ist der Verdacht rege geworden, daß der plötzliche Tod des Arndt vielleicht in Verbindung mit den Unterschleifen stehe. Es finden nun in dieser Richtung Erhebungen statt, die nicht ausschließen, daß eine Ermordung der Arndtschen Leiche erfolgt.

Der erste Nachtfrost ist in der Nacht zu gestern eingetreten. Mit starkem Reif überzogen waren die Dächer und Rasenflächen in Berlin. Der Thermometer war an freigelegenen Stellen bis unter den Gefrierpunkt gefallen. Kleine Wasserpfützen waren mit einer Eisdicke überzogen, die beim Höhersteigen der Sonne sich schnell auflöste.

Die internationalen Ladendiebe, die in Köln einem Juwelier und hier in Berlin die Amsterdamer Diamantenschleiferei um Schmuckstücke bestahlen, sind auf Grund der Personalbeschreibung, die die hiesige Kriminalpolizei von ihnen verbreitete, in Magdeburg erkannt und festgenommen worden. Es sind zwei Männer und zwei Frauenzimmer.

Orgelkonzert. Die zum Gedenden an den 150jährigen Todestag von Sebastian Bach (28. Juli 1750) in der Marienkirche veranstalteten Bach-Festen haben damals solchen Anklang gefunden, daß Herr Musikdirektor Otto Dienel sich gedungen fühlt, ebendortselbst am Mittwoch, den 24. Oktober, mittags 12 Uhr, ein ähnliches Bach-Konzert zu geben, dessen Programm nur Kompositionen des Altmeisters enthalten wird. An der Ausführung der Orgel, Gesangs- und Violinvorträge beteiligen sich außer Herrn Dienel Herrn. Martha Reihner, Frau. Maria Reihner, Herr Rico Harzen-Rähler, Herr Ernst Prötorius und Herr Schweigelmann. Der Eintritt ist frei.

Im Zoologischen Garten sind wieder interessante Tiere aus den deutschen Kolonien eingetroffen. Der Oberarzt in der Kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Südafrika, Herr Dr. Schellmann, hat eine Zibethkatze als Geschenk dargeboten, sie gehört der von Raichle beschriebenen Art Viverra orientalis an, welche an der Jangtseki unter dem Namen Ngana bekannt ist. Wegen des Zibeths, einer stark aromatisch riechenden Absonderung, die in einer, am Hinterleibe des Thiers vorhandenen Drüsenblase entsteht, wird die Zibethkatze mit Hunden gejagt und gefangen. Auf dem Markt in Sansibar kann man sehr oft diese Art zum Kauf gebracht finden. Von Togo in Westafrika sind zwei Schmarotzer-Milane und ein Schildkröte als Geschenke des Herrn Dr. Bludau in Klein-Popo zu verzeichnen. Die Milane sind unsern Milan ähnlich, unterscheiden sich aber durch gelbe Schwabelfärbung. Der Schildkröte ist schwarz, mit lilafarbigem Schimmer und hat weiße Brust, von welcher aus eine breite, weiße Binde sich um den Nacken herum zieht. Er erjeht gewissermaßen die Rebellkatze im tropischen Afrika.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Die Aufnahme des Betriebs auf der Straßenbahnlinie Spittelmarkt—Friedrichsfelde in ihrer ganzen Ausdehnung (nicht wie bisher nur bis zur Ostbahndrüse) ist in absehbarer Zeit endlich zu erwarten. Die Eisenbahndirektion hat nunmehr ihre Bedenken gegen die Tragfähigkeit der Ostbahnbrücke fallen lassen und die Zustimmung zur Schienenlegung erteilt, nur müssen die Schienen eine Länge besitzen, daß sie von einem Brückensteg zum andern reichen. Die Schienenlegung selbst schreitet rüstig vorwärts. Die Einführung des elektrischen Betriebs auf der Straßenbahn setzte unsere Gemeinde in die Zwangslage, für die Beschaffung von Geipannen zur Fortschaffung der Feuerlöschgeräte bei ausbrechender Feuergefahr anderweitige Sorge zu tragen, da die hierzu bis zum 1. Januar 1901 verpflichtete Pferdeabfuhr-Gesellschaft den Vertrag gekündigt hat. Die Gemeinde wird nicht umhin können, an die Beschaffung eignen Pferdewerkmaterials zu denken, wenn es wahr ist, was in einer Kommissionsberichterstattung behauptet wurde, daß die in letzter Zeit beliebte „Stänkererei“ (gemeint sind von unsern Genossen vorgelegte Beschwerden über vorgelassene Unregelmäßigkeiten bei der Straßenbesprengung und Kehrichtabfuhr) den hierbei in Frage kommenden Pferdebesitzern die Lust zur Beteiligung an Gemeindegeldleistungen benommen habe. Wir können diesen Entschluß nur mit Freuden begrüßen, wenigstens soweit Gemeindeverordneter in Betracht kommen. Einen Schaden wird die Gemeinde hiervon sicher nicht haben.

Gutem Vernehmen nach sind die Baumunternehmer auch in unserer Gemeinde mit ihrer Forderung um Aufnahme der Streiklausel in abzuschließende Bauverträge abgebligt. Man wird sich hier nach dem in Berlin gebräuchlichen Verfahren richten.

Charlottenburg. In der nächsten Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch kommt es voraussichtlich zu lebhaften Debatten infolge zweier aus der Tagesordnung stehenden Petitionen. Die erste betrifft die Errichtung eines Schlachthofs und von Markthallen, die zweite bezieht sich auf die Wohnungsnot. Zu dieser Frage hat die Ortsgruppe Charlottenburg des Bundes deutscher Bodenreformer an die städtischen Körperschaften eine Petition gerichtet, die die bekannten Forderungen der Bodenreform enthielt, nämlich: 1. Die Erwerbung umfangreicher, bis jetzt der Bodenpekulation noch nicht anheimgefallenen Bauereisens in der Weise der Gemeinde und Ueberlassung derselben in der Form des Erbbaurechts an die private Bauwirtschaft, 2. die besondere Besteuerung unbauten Baugrunds (Bauplatzsteuer) unter Schonung der Biergärten, 3. die Heranziehung der Grundstücksbesitzer zur Witterung der Kosten jener städtischen Meliorationen, die in direktester Weise den Wert der Grundstücke erhöhen. Eine öffentliche Volksversammlung, die sich mit der Wohnungsnot befassen soll, haben die Bodenreformers zu Dienstagabend nach dem Lokal von Papritz in der Berlinerstraße einberufen.

Das Vermögen der Stadt Charlottenburg hat nach der soeben vom Magistrat an die Stadtverordneten-Versammlung erfolgten Mitteilung im letzten Rechnungsjahre die Höhe von mehr als 55 Millionen Mark erreicht. Es bedeutet dies einen Zuwachs von 6,1 Millionen Mark gegen das Vorjahr. Aber auch die Schulden der Stadt sind um die Kleinigkeit von mehr als 1/2 Millionen Mark gestiegen und betragen jetzt 36 1/2 Millionen Mark. Es verbleibt somit ein Ueberschuß von 18 1/2 Millionen Mark Vermögen.

Die Gemeindevertretung von Britz hat beschlossen, zu den Schulden die Gemeinden Berlin mit 5500 M., Nixdorf mit 7500 M. und Niederschöneweide mit 4500 M. heranzuziehen. Eine Schüleraufnahme hat ergeben, daß unter den 1200 Schülkindern in Britz sich 516 befinden, deren Väter in auswärtigen Industrien und zwar ausschließlich in Berlin, Nixdorf und Niederschöneweide beschäftigt sind.

Sociales.

Arbeiterentlassungen und Lohnreduzierungen. Während auf verschiedenen Werken jetzt plögl. Massenentlassungen vorgenommen werden, begann man bei Krupp schon vor Monaten mit Abstoßung überzähliger Arbeitkräfte und mit Regulierung der Löhne. In der Grubenwerft sind z. B. von den vor Jahresfrist beschäftigten 150 Personen jetzt bereits 1/3 abgeschrieben worden. Die Schichtlohnsätze kürzte man stellenweise um 10—15 Proz., die Reduktion der Accordpreise ist aber noch höher. Dabei dauert die Reduktion noch an; auch sollte jetzt eine Massenentlassung (ca. 1000 Mann) vorgenommen werden. Die ungünstige Aufnahme dieser zu früh bekannt gewordenen Absicht ist wohl die Veranlassung, daß man von der Massenentlassung abgesehen hat und es bei der allmählichen Abstoßung beläßt. Trotzdem sind in letzter Woche ca. 100 Entlassungen erfolgt. Wie unter dem früher Entlassenen sind auch unter den letzteren sehr viele mit langjähriger

Dienstzeit. Daß Arbeiter mit 5—15jähriger Dienstzeit entlassen werden, gehört einfach zu den Alltagsereignissen. Und alle die Leute gehen der Ausrüstung an die Pensionskasse, zu der sie zwangsweise jährlich ca. 35 M. Beiträge zahlen mußten, verlustig — zur höheren Ehre der Kruppischen Wohlfahrts-Einrichtung. Besonders traurig ist es um die Grubeure und Eislenre, die entlassen wurden, bestell. Die Leute bekommen nämlich, wenn sie einmal bei Krupp waren, anderwärts in ihrem Berufe keine Beschäftigung mehr. Unter dem Versprechen dauernder, lohnender Arbeit wurden die Leute nach Essen geholt, jetzt liegen sie thätlos auf der Straße. So werden die Folgen der Krisen den Arbeitern aufgebürdet, Herr Krupp wird an seinem 20 Millionen-Jahresbestandsmittels „Verdienst“ keinen Schaden erleiden. — Neben den bereits bekannt gegebenen Massenentlassungen ist noch die ca. 1000 Mann betreffende der „Gute Hoffmannshütte“ in Stercade mitzuteilen. — Das Walzwerk Schulz-Knaud in Essen, welches vor einigen Wochen bereits 300 Arbeiter entließ, hat jetzt auch noch wöchentlich 1—2 Feierschichten eingelegt. — Der Bochumer Verein in Bochum leidet besonders durch die Chinarammelei. Ein für China bestimmter großer Auftrag in Eisenbahnmateriale ist nämlich wegen der unsicheren Lage nicht in Angriff genommen worden. In den betreffenden Werstätten, in denen früher ohne Pausen Tag und Nacht gearbeitet wurde, ist der Betrieb ganz bedeutend eingeschränkt worden und die Accorde wurden ebenso bedeutend reduziert. Auch hier werden die Ueberschüsse keine Einbuße erleiden.

Die Gründung eines Verbands deutscher Mietervereine ist in Leipzig auf einer am letzten Sonnabend und Sonntag d. selbst abgehaltenen Konferenz deutscher Mietervereine beschlossen worden. Die Satzungen des neuen Verbands besagen u. a.: Der Verband deutscher Mietervereine bezweckt die gemeinsame Vertretung und Förderung der Interessen der Mieter in allen das Mietverhältnis betreffenden Angelegenheiten. Um dieses Ziel zu erreichen, stellt sich der Verband insbesondere folgende Aufgaben: Förderung einer gesunden Wohnungspolitik im Reich, Staat und Gemeinde, Stellungnahme zu den Bestrebungen der Haus- und Grundbesitzerorganisationen, Gründung neuer Mietervereine, Zusammenwirken mit Organisationen verwandter Richtung, Einführung von Mietverträgen, die dem Mietrecht des bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechen, Einwirkung auf die öffentliche Meinung durch Versammlungen und durch die Presse.

Der Post als Gärtner. Im Gemeindefolkollegium zu Würzburg wurde unlängst über die Wohnungsfrage verhandelt auf Grund der Erhebungen, die der Magistrat im Jahre 1898 in einigen Straßenzügen vornehmen ließ. Das Referat hatte man dem Vorstande des Hausbesitzervereins übertragen. — Haben wir nötig, unsere Lesern mitzuteilen, was der über die Wohnungsnot zu sagen wußte?

Vermischtes.

Die dritte Auffahrt des Luftschiffs des Grafen Zeppelin, an der Graf Zeppelin, Lieutenant v. Krogh und der Forschungsreisende Eugen Wolf teilnahmen, begann Sonntag bei regnerischem, beinahe windstillem Wetter um 5 Uhr 2 Minuten nachmittags. Das Luftschiff erhob sich, die Spitze etwas nach oben, zunächst bis etwa 250 Meter Höhe und führte, ungefähr 1 Kilometer vom Lande entfernt, verschiedene Wendungen mit Auf- und Abwärtsfahren mit bestem Gelingen aus. Nachdem das Luftschiff den Kurs gegen das schweizerische Ufer genommen hatte und bis zu etwa 400 Meter Höhe emporgestiegen war, fuhr es bis einige Hundert Meter vor Manzell zurück, wo es langsam bis auf den Wasserspiegel herabging und um 5 Uhr 25 Minuten glänzlich landete.

Eisenbahnunfälle. Aus Bromberg wird gemeldet: Am Sonnabendabend um halb zwölf Uhr ist der Schnellzug 62 auf der Haltestelle Berlin in den Güterzug 4234, welcher hier überholt werden sollte, hineingefahren. Das Lokomotivpersonal vom Schnellzug wurde leicht, von Reisenden niemand verletzt. Sechs Fahrzeuge sind erheblich beschädigt. Beide Geleise waren etwa 12 Stunden gesperrt. Der Personenverkehr wurde durch Umsetzen an der Unfallstelle aufrecht erhalten und die Reisenden in Badwagen des Güterzugs nach Bromberg weiter befördert. — Auf dem Wahnbergange zwischen Busendorf und Brotnach wurde ein Dampfwagen mit Ausflügler besetzter Bauernwagen von einem Güterzuge überfahren. Zwei Personen wurden getötet, sechs schwer verletzt. — Auf der rechten Oberufer-Eisenbahn entgleiste gestern Abend zwischen Groß-Pöllnitz und Bernstadt der Güterzug 3309. Sechs Waggons stürzten in wüstem Durcheinander quer über das Geleise. Das Juggpersonal rettete sich durch Abpringen.

Unfall an einer elektrischen Bahn. Sonntag nachmittags 3 Uhr stürzte bei Redebütte in Rosdzin (Oberschlesien) ein in voller Fahrt befindlicher, dicht besetzter Anhängewagen der elektrischen Kleinbahn in einer scharfen Kurve um. Siebzehn Personen sind teils schwer, teils leichter verletzt, ein Bahnbeamter tödlich.

Im Riesengebirge ist der Winter bereits mit aller Strenge eingelebt. Eine Döme, die am 14. d. Mis. bei schönstem Wetter von Johannisbad aus einen Ausflug in die Berge unternahm, wurde am selben Tage auf dem Stoppelpfane von einem solchen Schneewetter überrascht, daß sie in der Wiesenhaude Zuflucht nehmen und sich dort bis auf weiteres einquartieren mußte. In einem vom 17. datierten Briefe, den die Prager „Bohemia“ auszugeben veröffentlichen, schreibt sie: „Ich bin noch immer in der Wiesenhaude und es ist für den Augenblick gar nicht abzusehen, wann ich zu Thale laun; dann nur mit dem Hörnergeschlitten. Der Schneesturm braust hier oben mit fürchterlicher Gewalt, und läßt man nicht in dieser festen Baude, bei so lieben, freundlichen Menschen, es könnte einem recht dange werden. — Ein Paar tiefste Verharm-biner bellen von Zeit zu Zeit auf, — da kommt ab und zu eine bis zur Unkenntlichkeit eingewickelte und verummte menschliche Gestalt, ein Schwärzer oder ein Grenzwächter — oft dicht hinter einander. Der Schnee liegt stellenweise drei Meter hoch, und es ist lächerlich für mich; wenn das nicht wäre, hätten die Leute eine Aiste auf einen Schlitten genagelt und mich in diesem „Fahrzeug“ nach Peyer gebracht. Verproviantiert sind wir vorzüglich in der Baude, da merkt man gar nicht, daß man von aller Welt abgeschlossen so in den Wollen sitzt. Die Betten werden nachmittags alle aus den Zimmern heruntergetragen zum Wärmen, die Fenster sind handbreit zugeföhren und thauen gar nicht ab. Das Wasser gefriert im Glase oben im Zimmer.“

Nach siebzehnmönatiger Abwesenheit ist die nach Spitzbergen zu Gradmessungen entsandte Expedition auf den Schiffen „Balan“ und „Ledokol“ nach Kronstadt zurückgekehrt. Alle Mitglieder der Expedition befinden sich wohl.

Verschlebung eines Hauses. Die vielgerühmten Kunstwerke der Amerikaner werden auch bei uns in Deutschland sehr gut gemacht. So wurde zu Bremen, Kreis Heinsberg in der Rheinprovinz in aller Stille eine Arbeit ausgeführt, wie man sie nur aus Amerika berichtet. Dort wurde nämlich die Verschlebung des Bahnhofsgebäudes bewerkstelligt. Das an der Straße Pindern-Heinsberg gelegene Gebäude konnte seit Jahren dem gesteigerten Verkehr nicht genügen. Die Bahnverwaltung beschloß deshalb, ein doppelt so großes Haus an die Stelle des alten zu setzen. Hierzu mußte jedoch das jetzige Bahngelände etwa vierzig Fuß weit nach Osten verschoben werden. Die Vorbereitungsarbeiten hierzu begannen zu Anfang der vorigen Woche. Aus Eisenbahnschwellen wurde ein Geleise hergestellt, auf dem das Gebäude mittels Rollen fortbewegt werden sollte. Viele Schwierigkeiten bereitete die Trennung des Hauses von seinen Fundamenten wegen der Verschraubungen, durch die das in Fachwerk ausgeführte Haus befestigt war. Alsdann wurde der untere Rand in der Dicke eines Steins fortlaufend weggehauen und Balken untergeschoben. So konnte denn das Gebäude auf dem für diesen Zweck hergestellten Geleise vorwärts bewegt und bis zu seinem neuen Lage verschoben werden. Die ganze Arbeit nahm nur eine Woche Zeit in Anspruch.